

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

— Nachdruck verboten —

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 7. Mai 1919.

direkt vom Verlage
für 8.— Mk. vierteljährlich,
Mk. 30.— für das Jahr.

Vergesellschaftung.

Die Berliner Handelskammer hat ein kleines Schriftchen des Geheimen Kommerzienrats Felix Deutsch, des Vorsitzenden des Direktoriums der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zur Sozialisierungsfrage veröffentlicht, das zu allgemeinen Betrachtungen Anlaß bietet. Es enthält zahlenmäßige Zusammenstellungen zur Illustrierung des Anteilverhältnisses von Kapital und Arbeit am Ertrag der Unternehmungen. Deutsch hat 66 Aktiengesellschaften der verschiedensten Industrien aus allen Teilen Deutschlands, die ihm ihr Material zur Verfügung gestellt haben, daraufhin untersucht, wie groß der Anteil der Aktionäre und der Anteil der Arbeiter am Ertrag gewesen ist. Diese Gesellschaften, deren Arbeiterstamm sich zwischen 450 und 97 000 bewegt, beschäftigten zusammen 783 781 männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte. Sie zahlten an Löhnen im Durchschnitt von zehn Jahren jährlich 14 248 000 M., an Steuern und sozialen Lasten 2 172 000 M. und an Dividenden 2 152 000 M. Während also Dividendenauszahlungen und Steuer und Sozialleistungen sich etwa die Wage hielten, betrug die durchschnittliche Dividendensumme nur etwa 13 % dessen, was an Gehältern, Löhnen, Steuern und sozialen Aufwendungen geleistet wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dies letzte Verhältnis bei den einzelnen

Aktiengesellschaften natürlich sehr verschieden ist. Es bleibt unter dem Durchschnitt bei vielen Gesellschaften mit sehr hohem Arbeiterstamm und steigt bis zu 50 % bei kleineren Unternehmungen. Deutsch drückt diese Relation noch etwas anders aus, indem er gleichzeitig feststellt, daß bei den von ihm bearbeiteten Aktiengesellschaften von jeder ausgegebenen Mark Angestellte und Arbeiter 76,7 Pf., Staat und Kommune 11,7 Pf. und Aktionäre 11,6 Pf. empfangen. Er führt dann den Nachweis, daß selbst bei diesen gut rentierenden Unternehmungen, wenn die Aktionäre vollkommen auf ihre Dividenden verzichten wollten, auf den einzelnen Arbeiter für die Arbeitsstunde nur ein Zuschlag von 11 Pf. oder ein Jahresplus von 270 M. entfallen würde. Ganz ähnlich ergibt sich nach einer Zusammenstellung des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Essen ein entsprechender Einkommenszuschlag von 240 M. im Jahr für jeden der 439 000 Beamten und Arbeiter, die im Durchschnitt der letzten 10 Jahre im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier beschäftigt wurden. Deutsch macht dann die Probe aufs Exempel, in dem er daran erinnert, daß bei der Karl-Beiß-Stiftung in Jena, bei der statutengemäß das Stiftungskapital mit nur 5% verzinst werden darf, die Nachzahlungen an die Arbeiter und

Angestellten seit der Gründung im Jahre 1896 auf nie mehr als 250 *M* pro Kopf sich belaufen haben und in einem Jahre überhaupt gar nicht ausgeschüttet werden konnten.

Diese rein ziffernmäßigen Feststellungen der Deutschen Veröffentlichungen können an sich als einwandfrei betrachtet werden. Es fragt sich nur, inwieweit man aus ihnen die Folgerungen ziehen darf, die Deutsch zieht. Da muß zunächst festgestellt werden, daß die von Deutsch angeführten Ziffern allein für die Verteilung der Erträge zwischen Kapital und Arbeit nicht maßgebend sein können. Denn wie Deutsch übrigens selbst bemerkt, kommen für die Ertragsberechnungen der Unternehmungen neben den Dividendenausüttungen ja auch noch die Reservestellungen in Betracht. Diese Reserven sind nicht bloß berechnete Rückstellungen zur Erhaltung der Kapitalsubstanz. Diesen Charakter kann man schon den von der Gesetzgebung den Aktiengesellschaften aufgezwungenen sogenannten gesetzlichen oder ordentlichen Reserven nicht zusprechen. Sie sind Aufspeicherungen aus den Gewinnen. Und ein großer Teil der außerordentlichen Reserven und der stillen Reserven trägt genau den gleichen Charakter. Das sind also zunächst Beträge, die restlos dem Kapital zugute kommen. Nach ihrer Aufspeicherung freilich wirken sie fördernd auf die Unternehmung und es unterliegt ja gar keinem Zweifel, daß ohne die Reservepolitik der Aktiengesellschaften ihre Ausdehnung, ihre Konkurrenzfähigkeit und damit auch ihre Möglichkeit dauernd steigende Arbeitermassen zu beschäftigen, nicht annähernd so wie es in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen ist, gesichert gewesen wäre. Diese Anlagen kommen also auch der Arbeiterschaft zugute. Auf der andern Seite muß natürlich auch in Betracht gezogen werden, daß sowohl in den Dividendenausüttungen als auch in den Reservestellungen bei einer ganzen Reihe von Aktiengesellschaften Summen enthalten sind, die weder aus der Fabrikation noch aus der handelstechnischen Konjunkturausnutzung, sondern aus Kapitaltransaktionen stammen, die in gar keiner Verbindung mit den Leistungen der Arbeiter und Angestellten stehen. Wie man aber auch rein theoretisch zu den Deutschen Ausführungen über diese Fragen stehen mag, praktisch würde der Deutsche Zahlenbeweis auch nicht sehr geändert

werden, wenn man die Dividende zuzüglich der Reservestellungen auf den einzelnen Arbeiterkopf verteilte. Man muß wohl schon sehr optimistisch rechnen, um anzunehmen, daß sich die Zuschlagssumme pro Jahr und Kopf dadurch um 100—200 *M* im Durchschnitt erhöhen würde. Nun könnte man auch weiter noch die Aufsichtsratsantien und sogar besonders hohe Direktorentantien (die aber wahrscheinlich nur für die Bankunternehmungen in Frage kommen würden) in Rechnung setzen und allerhöchstens 30—40 *M* im Jahr zuschlagen.

Auf ein sehr heißes Gebiet aber begibt sich Deutsch bereits, wenn er die Dividendenhöhe der Unternehmungen in ihrem Verhältnis zum Aktienkapital, als reine Verzinsungsquote, zu beschönigen sucht. Die Durchschnittsdividende der von ihm bearbeiteten Gesellschaften hat 10% vom Aktienkapital betragen. (Um alle Irrtümer auszuschalten: 10% Dividende auf das zu verzinsende Kapital bedeutet unter Berücksichtigung der Reserven nicht, daß das wirklich im Unternehmen arbeitende Kapital 10% Rente erarbeitete.) Nun sagt Deutsch: „Nimmt man an, daß bei diesem Dividendensatz der Aktionär beim Erwerb ungefähr 200% — häufig auch noch mehr — bezahlt hat, so hat er in Wirklichkeit nur eine Verzinsung von 5% für sein angelegtes Kapital gehabt.“ Tatsächlich ist es falsch, wenn, wie das in Arbeiterblättern sehr oft geschieht, die hohen Dividenden einzelner Gesellschaften den jeweiligen Aktionären als Verzinsungsertrag zugerechnet werden. Der Aktionär, der eben nicht am Unternehmen beteiligt ist, sondern in Wirklichkeit die übliche Verzinsung für ein Wertpapier bezieht, empfängt selten mehr, als für sein Risiko angemessen ist. Aber Geheimrat Deutsch übersieht eins: Die Steigerung der Aktie von 100—200% beruht auf der Steigerung des Ertrages durch die Beträge, die dem Arbeiter nach seiner Berechnung vorenthalten werden. Sie treten im Kursgewinn in kapitalisierter Form in die Erscheinung und schaffen nicht nur Vermögensvermehrung für eine bestimmte Gruppe von Aktionären und Spekulanten, sondern auch Zusatzeinkommen aus der Verzinsung des vermehrten Vermögens. Hier zeigt sich schon, daß das Problem der Sozialisierung nicht einfach durch statistische Tabellen erledigt werden kann.

Es fragt sich eben, was man eigentlich unter Sozialisierung versteht. Die Beweisführung der Deutschen Veröffentlichungen erinnert doch allzu sehr an den in tausend Volksversammlungen ebenso oft erhobenen wie widerlegten Vorwurf, daß die Sozialdemokratie teilen wolle. Wobei Deutsch ja allerdings durch die Art seiner Beweisführung bekundet, daß diese Teilungsabsichten sich nur auf die Produktionsmittel und ihre Erträge erstrecken sollen. Aber im Grunde genommen bewegt er sich doch in demselben Anschauungskreis wie jener Rothschild, der einem Armen einen Taler ausshändigte und erklärte, daß er der Betrag sei, der auf ihn entfalle, wenn er sein Vermögen verteile. Wie sehr Deutsch das Sozialisierungsproblem als eine reine Verteilungsfrage ansieht, geht aus einer anderen Untersuchung hervor, die er gleichfalls anstellt. Er berechnet aus den Aktionärslisten der Generalversammlungen der Deutschen Bank, der Diskonto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, der Gelsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft und des Böhniß, daß im Durchschnitt etwa nur zwischen 8000 und 11000 M. Aktien nach diesen Anmeldungen auf den einzelnen Aktionär entfallen. Der durchschnittliche wirkliche Anteil des einzelnen Aktionärs ist aber nach seiner Meinung nur etwa 3 bis 5000 M., weil man berücksichtigen müsse, daß die großen Summen, die die einzelnen Banken anmelden, sich ja auf außerordentlich viele einzelne Aktionäre verteilen. Deutsch fährt dann fort: „Das heißt aber nicht anders, als daß das Gros des deutschen Aktienkapitals sich in unzähligen Händen befindet, also schon so gut wie sozialisiert ist.“

Diese Auffassung über Sozialisierung deckt sich vollkommen mit dem, was ein Teil der deutschen Arbeiterschaft in den ersten Monaten der Revolution und hier und da wohl auch heute noch unter Sozialisierung verstand: die Verteilung der Erträge der Unternehmungen unter deren Arbeiter. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, hat Deutsch in der Tat, wenn man so will, den Beweis erbracht, daß die zur Verteilung in solchem Fall bereitstehenden

Summen sich nicht einmal in verhältnismäßig bescheidene Forderungen nach Lohnausbesserungen, geschweige denn in die gewaltigen Lohnsteigerungen umsetzen lassen, die während der Revolution von den Arbeitern verlangt und von den Arbeitgebern sogar unter dem Druck der Verhältnisse bewilligt worden sind. Die Deutschen Ziffern zeigen deutlich, daß ein Weitergehen oder auch nur Andauern solcher „Sozialisierung“ die deutschen Unternehmungen nach und nach sämtlich ruinieren müßte. Denn mögen bei einer Reihe von Einzelunternehmungen, die nicht auf aktiengesellschaftlicher Basis betrieben werden, die Verhältnisse sogar noch etwas besser liegen als bei den Aktiengesellschaften, was von der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten verlangt worden ist, kann sie unmöglich ohne schweren Schaden erfüllen.

Aber darüber ist sich ja doch nun wohl alle Welt klar, daß Sozialismus und Sozialisierung etwas ganz anderes bedeutet. Es handelt sich hierbei um einen Umstellungsprozeß der gesamten Wirtschaft, um eine andere Organisationsform der menschlichen Arbeit, um die Umwandlung der willkürlichen Einzelbestimmung über den Arbeitsprozeß, verschieden in den einzelnen Arbeitsstätten, in die gesellschaftliche Leitung und Arbeitsdisposition für den Gesamtberufsweig und für die Gesamtwirtschaft. Das Ziel dieser Umformung ist die Rationierung der Leistung und die Erhöhung der Produktivität. Inwieweit dabei das bolschewistische Ideal der gleichen Entlohnung unter Fortfall jedes Arbeitsanreizes durch Profit erreicht werden kann, oder ob das für die kapitalistische Wirtschaftsordnung charakteristische Profitinteresse in allerdings beschränktem Maße zur Erhaltung der freien Initiative beibehalten werden muß, braucht hier gar nicht erörtert zu werden. Auf jeden Fall muß man festhalten: Sozialismus ist ein gesellschaftlich organisiertes Arbeitssystem auf der Stufe höchster Produktivität. Die Veränderung, die bei jedem sozialistischen System für die Ertragsverteilung sofort eintreten würde, ist die Ausgleicheung der Einzeleinkommen, die Verminderung der Differenzen zwischen Mindest- und Höchstbezügen der ein-

zelnen Individuen. Hier bieten schon die Deutschen Ziffern recht interessante Anknüpfungspunkte. Wenn nämlich, wie in dem Deutschen Beispiel, die Aktionäre völlig auf den Ertrag verzichten und ihre Dividenden den Arbeitern und Angestellten zur Verfügung stellen würden, so wäre damit nicht etwa bloß erreicht, daß Millionen ein paar hundert Mark mehr im Monat erhielten, die volkswirtschaftliche Wirkung solcher Maßnahmen würde sich in der anderen Schichtung der Einkommen, in den vollkommen veränderten Konsumverhältnissen, in der Veränderung der Kapitalbildung ausdrücken. Wenn der Wirtschaftsmechanismus durch nichts weiter verändert würde, so müßte sogar sehr bald eine Reduktion aller Arbeitereinkommen stattfinden. Mindestens würde im selben Verhältnis, wie der Nominallohn der Arbeiter steigt, die Kaufkraft dieses Lohnes sich vermindern, denn der Konsum steigt, während die Kapitalbildung, von der bis zum gewissen Grade das Angebot an Waren abhängt, nicht entsprechend nachwächst. Dieser Hinweis allein zeigt schon ziemlich deutlich, daß, wie alle Probleme des Sozialismus, so auch die Sozialisierungsfrage insbesondere, nicht vom Standpunkt der Verteilungsfrage allein zu lösen ist.

Wenn man aber die Sozialisierung so auffaßt, wie ich das eben geschildert habe, so werden auch sofort die Schwierigkeiten bei der Durchführung klar. Die erfreulichen Wirkungen einer wirtschaftlichen Systemänderung im Sinne des Sozialismus, die sich weniger in hoher Lohnsteigerung, sondern in dem Aufhören der Arbeitslosigkeit, dem Verschwinden der Unsicherheit der Existenz, also doch nur für verhältnismäßig wenig Individuen sofort geltend machen werden, werden zunächst die Arbeiter kaum befriedigen. Die Arbeit wird im Anfang sogar womöglich härter werden, als sie früher war. Die Streiklust und der Hang zur Bummellei muß vermutlich sogar mit großer Schroffheit bekämpft werden. Die draconischen Maßnahmen, die Lenin teil-

weise bereits in Rußland eingeführt hat, sind nicht etwa nur eine Begleiterscheinung des bolschewistischen Systems, sondern müssen für die Uebergangszeit jeden Sozialismus begleiten. Erst allmählich kann die Durchorganisation der ganzen Gesellschaft die Steigerung der Produktivität zur Folge haben und damit auch eine Steigerung des Güterertrages. Und erst dann wird man sich zu entscheiden haben, ob diese Steigerung in der Zubilligung erhöhter Gütermengen oder in der Herabsetzung der Arbeitszeit und Verfeinerung der Kultur zur Geltung kommen soll. Das sozialistische System muß durch strengste Organisation der Arbeit und durch stärkste Aufstachelung des Arbeitswillens letzten Endes dazu führen, die Muße zwischen der Arbeit zu verlängern. Denn das ganze System gewinnt seinen Sinn nur dadurch, daß es die Gütererzeugung der Bedarfsbefriedigung unterordnet und sie nicht länger Selbstzweck bleiben läßt. Der Mensch arbeitet, um zu leben, aber er lebt nicht, um zu arbeiten, solange man unter Arbeit Zwecktätigkeit für die Produktion rein materieller Bedarfsgüter versteht.

Dieses Ziel und dieser Erfolg des Sozialismus, noch mehr aber die Form, in der er zunächst in die Erscheinung treten muß, steht in schärfstem Widerspruch zu der demagogischen Agitation, die vielfach von den sozialistischen Parteien bisher betrieben worden ist. Mit der Umwandlung der Produktion wird daher eine mühselige Erziehungsarbeit Hand in Hand gehen müssen. Es bedarf der gründlichen Umstellung der Geister. Diese Umstellung wird gar nicht möglich sein, wenn man nicht an der notwendigen Selbstverwaltung der Industrie in der Räteform die Arbeiter teilnehmen läßt. Nur durch den Anschauungsunterricht, den die aktive Mitwirkung an der Produktion dem Arbeiter erteilt, kann er reif werden zum Sozialismus, kann er begreifen, daß die Veränderung des Wirtschaftens ihm Nutzen bringt, der nicht nur an der Lohnhöhe gemessen werden darf.

Abbau der Preise!

Von Hans Goslar, Berlin.

Als der Weltkrieg ausbrach, machte sich eine Zeitlang in Deutschland eine Aengstlichkeit des Publikums in finanziellen Dingen bemerkbar. Man hob hier und da Gelder von den Sparkassen ab und hielt mit Ausgaben für nicht unbedingt notwendige Dinge zurück. Um den für die ganze Volkswirtschaft schädlichen Folgen dieser damals viel zu weit gehenden Zurückhaltung und Sparsamkeit entgegenzutreten, um das Wirtschaftsleben nicht ins Stocken geraten zu lassen, wurde der Appell an das Volk gerichtet, gerade jetzt mit Bestellungen, Aufträgen, Reparaturen nicht zu kargen, auf daß in die Kassen des Handwerkers, Arbeiters, Installateurs Fabrikanten und Händlers Geld fließe und das Rad des Wirtschaftslebens nicht in seinen Drehungen nachlasse. Kurze Zeit später jedoch, als man sich des vollen Ernstes der durch die englische Hungerblockade geschaffenen Lage schon mehr bewußt wurde, als man einzusehen begann, daß wir für die Dauer des Krieges darauf angewiesen seien, mit unseren eigenen Vorräten zu wirtschaften und man infolgedessen mit dem Vorhandenen haushalten müsse, ergingen die ersten Mahnungen zur Sparsamkeit und zur Einschränkung an das deutsche Volk. Man wird sich erinnern, daß man zu jener Zeit insbesondere in den Briefkästen und Frageecken der Familienblätter die ehrlich bekümmerten Anfragen von Hausfrauen und Familienvätern lesen konnte, die der Redaktion klagten, daß sie durch die einander widersprechenden Aufrufe an die Öffentlichkeit nun wirklich nicht mehr wüßten, welche Methode gegenwärtig die richtige und dem Vaterlande dienliche sei: diejenige, die das Geld ins Rollen bringe oder die der Sparsamkeit und der Einschränkung.

An die Situation jener Tage wird man unwillkürlich erinnert, wenn man zwei Veröffentlichungen liest, die uns ein eigenartiger Zufall gerade zur gleichen Zeit zuführt. An leitender Stelle ihrer Mitteilungen erläßt die Handelskammer zu Erfurt eine Bekanntmachung, in der zunächst festgestellt wird, daß in letzter Zeit die Kaufleute überall klagten, daß die Verbraucher in der Hoffnung auf ein baldiges Verschwinden der Ersatzwaren und auf einen starken Rückgang der Marktpreise mit ihren Einkäufen zurückhielten. Die Handelskammer nennt diese Hoffnung unbegründet und die Zurückhaltung der Käufer unsozial. Sie begründet dann dieses Urteil durch folgende Auslassungen:

„Bei den ganz unbestimmten Aussichten unserer Rohstoffversorgung, der stark gesunkenen Kaufkraft unseres Geldes im Auslande, den jetzigen hohen Arbeitslöhnen, der verkürzten Arbeitszeit und den zu erwartenden gewaltigen Steuerlasten kann für die nächste Zeit kaum mit einer Ermäßigung der Erzeugungskosten und somit der Warenpreise gerechnet werden. Es ist daher völlig unbegründet, wenn in der Annahme eines baldigen Preisrückganges bemittelte Verbraucherpreise mit ihren Einkäufen zurückhalten. Unser gesamtes Wirtschaftsleben muß dadurch den

größten Schaden erleiden. Denn bei stockendem Geschäftsgang werden die Einzelhändler den Fabrikanten keine Aufträge mehr erteilen und die Fabrikanten wiederum wegen Mangels an Aufträgen ihre Arbeiter und Angestellten nicht mehr beschäftigen können. Eine derartige Entwicklung müßte schließlich zu einer vollkommenen Auflösung in unserem Wirtschaftsleben führen. Daher geht an die Verbraucher die Aufforderung. Heraus mit den Banknoten! Bringt das Geld in Umlauf zur Aufrechterhaltung und Fortentwicklung unseres gesamten Wirtschaftslebens!“

Eine ganz andere Sonart wird in der Zeitschrift „Sparkasse“, dem amtlichen Fachblatt der deutschen Sparkassen, angehängt. Hier wird eine Reihe von Werbeplakaten und Zeitungsanzeigen der Stadtsparkasse Königshütte veröffentlicht, die der Schriftleiter der Zeitschrift, der bekannte Landesbankrat Reusch, als musterhaft und vorbildlich bezeichnet. Diese Anzeigen leiten einen energischen Verbefehlzug für das Sparen ein. Wir greifen aus ihnen folgende besonders wirkungsvolle Sätze heraus:

Wer spart, hilft Lebensmittel und Kleidung billiger machen!

Im Frühjahr ist der Kohl teuer, weil es wenig gibt; im Herbst ist derselbe Kohl spottbillig, weil er in Massen zum Markt kommt. Also, viel Angebot macht billige Ware! Wenig Angebot macht teure Ware.

Den Speck im Schleichhandel möchte jeder gern haben, für alle langt's aber doch nicht. Also mehr Nachfrage als Angebot und: desto teurer der Speck.

Wenn aber nicht jeder den Speck kauft, bleibt davon übrig. Eh' er verdirbt, verkauft ihn der Fleischer — billiger — vielleicht gar unter seinem Preise! Sinkende Nachfrage ist also Verbilligung der Ware!

Müssen heute Arbeiterinnen Ballkleider zu 450 M kaufen, wie man das sehen konnte? und Hüte für 100 M? Würden nicht diese und andere Waren billiger werden müssen, wenn sie weniger gekauft würden,

wenn wir sparen würden?

Es ist nämlich beim Warentausch die Ware teuer, die selten ist, und die Ware ist billig, die zahlreich angeboten wird. Je mehr also Geld zum Warentausch angeboten, aus gegeben wird, desto weniger gilt es, desto mehr gilt die Ware, desto teurer wird sie. Und umgekehrt!

Wer also spart, hilft die Teuerung bekämpfen!

Man wird zugeben, daß nicht gut einander scharfer widersprechende Auslassungen gegenübergestellt werden können, als es die Mahnung der Erfurter Handelskammer und die Aufrufe der Königshütter Sparkasse sind.

Es ist außerordentlich schwer zu entscheiden, welche der beiden Auffassungen heute nun restlos das Richtige trifft; aber wir glauben doch folgendes sagen und verantworten zu können: Der augenblickliche Preisstand unserer Waren im Detailhandel ist so hoch, daß ein jeder, der nicht unbedingt zu Käufen gezwungen ist, oder der nicht zu der kleinen Schicht von Leuten gehört, die allen Anlaß haben, ihr Vermögen durch Geldherauswerfen mit beiden Händen etwas zu reduzieren, sich beim Einkauf auf ganz unentbehrliche Bedarfsartikel beschränkt. Schon der nackte Lebensunterhalt, die Riesenpreise im Schleichhandel, die Steigerung der Wohnungs- und Ladenmieten usw. erfordern einen so hohen Prozentsatz des Einkommens des Mittelstandes, insbesondere der festbesoldeten und von begrenzten Kapitalbezügen Lebenden, daß für Ausgaben, die nur ein wenig den Stempel des Luxus tragen, keine Mittel mehr verbleiben. Dann aber schrecken auch die Preise die Leute, die an sich in der Lage wären, zu kaufen, ab. Wenn ein Herren-Keimenkragen heute so viel kostet, wie früher ein Duzend der besten Art und ein Hemd dergleichen, wenn Leder-, Metall- und Holzartikel, in denen gar nicht einmal viel Handwerkerarbeit steckt, kaum erschwinglich sind, hätte das Siebenfache des früheren Preises kosten, so wird eben vom Käuferpublikum möglichst lange mit dem Einkauf gezögert, oder nur eine weit geringere Menge als früher eingekauft. Weil man eben der Ansicht ist, daß diese hohen Preise auf die Dauer, ja auch nur in absehbarer Zeit, nicht gehalten werden können.

Es ist kein Zweifel, daß ein erheblicher Teil dieser Preise insofern berechtigt ist, als in den Fabrikatpreisen eben all das zum Ausdruck kommt, was sich an verteuernenden Einflüssen auf dem langwierigen Produktionswege abgespielt hat: Kohlenpreiserhöhung und Arbeiterlöhne im ersten Produktionsstadium, höhere Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter sowie gesteigerte Ankosten in der Fabrikation, neue Zuschläge auf den schon verteuerten Einkaufspreis bei dem gleichfalls mit gesteigerten Kosten arbeitenden Großhandel und endlich die Aufschläge des Detaillisten, der mit jeder neuen Warensendung teurer einkauft und doch aus dem Einzelverkaufspreise seine erhöhten allgemeinen Ankosten heraus schlagen und überdies seine sehr teure Lebenshaltung bestreiten will. Nun ist es aber ebenso fraglos, daß eine ganze Anzahl von noch bedeutend billiger eingekauften Artikeln, ja die Ladenhüter aus der Friedenszeit, gleichfalls zu den Preisen verkauft werden, die mit Fug und Recht nur für die zu den letzten höchsten Preisen eingekauften Waren berechnet werden dürfen. Auf die in letzter Zeit vielfach in der Öffentlichkeit diskutierte Frage, wie weit überhaupt der freie Handel in den nicht rationierten und zu Höchstpreisen umgesetzten Artikeln die Ware verteuert hat, kann hier nur ganz kurz in diesem Zusammenhang eingegangen werden. Und da muß denn doch erklärt werden, daß für diese Verteuerung im freien Handel Beweise vorliegen, die nicht weggestritten werden können. Die Tabakbranche, der Weinhandel, der Eierhandel nach der Freigabe aben uns gezeigt, wie der freie Handel, wenn die Käufer vor einem nur in begrenztem Umfang vorhandenen

begehrten Material stehen, durch gegenseitiges Ueberbieten der Konkurrenz die Preise hinauftreibt und damit die Ansprüche der Produzenten automatisch immer weiter hinauftreibt.

Der Handel, insbesondere der Detailhandel, befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Duzende Male während des Krieges hat sich der gewissenhafte Kaufmann überlegt, ob es noch Zweck habe, die bei jeder Offerte des Fabrikanten teurer werdenden Waren aufs Lager zu nehmen. Immer wieder hat er gesehen, daß er mit dem Kauf richtig gehandelt hat, da in einem Monat oder einem Vierteljahr schon wieder weit höhere Preise angelegt werden mußten. Er wird daher auch heute eher geneigt sein zu glauben, daß, zumal unter den jetzigen Produktionsverhältnissen, die Aufwärtsbewegung der Preise noch nicht ihr Ende erreicht hat. Aber eines stimmt ihn doch bedenklich: Er sieht, — und das kann auch ein jeder Außenstehende durch Umfragen bei den Warenhäusern, Kaufhäusern und großen Detaillisten ohne weiteres feststellen — daß das Geschäft auch in den von der Bezugsscheinplicht befreiten Artikeln fast vollständig stockt, die dem Publikum zu teuer erscheinen. Auf der andern Seite aber will niemand vom Handel mit einem Abbau der Preise vorangehen. Man hätte sich hierzu Hals über Kopf entschließen müssen, wenn ein günstigerer Frieden, der uns in einer besseren Finanzlage angetroffen hätte, schnelle Zufuhren an billigen Rohstoffen und Fabrikaten aus dem Auslande in Aussicht gestellt haben würde. Dann hätte sich der Handel zweifellos, um nicht unter die Räder zu kommen und um nicht auf seinen teuren und, weil vielfach mit Erbschaftstoffen gearbeiteten, schlechteren Artikeln sitzen zu bleiben, zu einer schnellen Räumung seiner Läger zu herabgesetzten Preisen gezwungen gesehen. Dann hätte der, der nicht rechtzeitig die Situation erfaßt und seine Warenbestände abzustößen versucht und sich damit auch Bargeld zum Neuankauf verschafft hätte, zu den bekannten „Lezten“ gehört, den „die Hunde beißen“. Heute liegen nun leider die Dinge so, daß das Lebensmittelabkommen mit der Entente und die uns darin bewilligten Vollmachten zum Einkauf bei den Neutralen uns keine Gewähr dafür bieten, daß das Preisniveau im Inland sich in absehbarer Zeit wesentlich senkt. Denn hierfür wäre die Vorbedingung ja ein Einsetzen am Hebel der ganzen Teuerung (wenn wir einmal von der Inflation absehen), ein Herabdrücken der Preise der für die einfache Lebenshaltung erforderlichen Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel. Von da aus hätte rückwirkend, ebenso wie von dort aus nach vorn greifend, die sprungweise Teuerung kam, ein schrittweises Zurückgehen der Löhne, Gehälter, Ankosten und Preise erfolgen können. Diese Hoffnung ist, das muß leider gesagt werden, vorläufig nur in beschränktem Umfang erfüllbar.

Aber von einer anderen Seite aus könnte doch eine Milderung der Sachlage bewirkt werden. Wenn nämlich das Ausland und insbesondere England und Amerika uns mit Fertigfabrikaten überschwemmen, die trotz unserer entwerteten Valuta noch wohlfeil gegenüber unseren Beständen sind. Diese Gefahr ist keineswegs ausgeschlossen. Sie ist es insbesondere nicht

bei Textilwaren, an deren Lieferung England ein großes Interesse hat. Wir aber müßten gegebenenfalls, wenn wir nicht die Einfuhr von Rohstoffen in hinreichender Menge erzielen können, deren Verarbeitung unsern Arbeitern Lohn gewährt, doch schließlich diese Fertigfabrikate einführen, um unsere Bevölkerung kleiden zu können. Und England beabsichtigt, wie nach neuen Meldungen verlautet, nicht nur uns Textilien und fertig konfektionierte Artikel, sondern auch Schuh- und Lederwaren zu senden. In der Generalversammlung der Mechanischen Weberei Augsburg wurden denn auch schon jetzt die stärksten Befürchtungen vor einer Überflutung mit amerikanischer Baumwolle und Baumwollfabrikaten geäußert. Und die japanische Industrie hat, wie aus guter Quelle verlautet, sächsischen Firmen japanische Fahrräder zum Preise von 45 M das Stück, in jeder Menge in einem Vierteljahr lieferbar angeboten, während heute bei uns die Preise das 6-8fache davon ausmachen. Ähnlich liegen die Dinge, um nur auch ein solches Beispiel herauszugreifen, bei den für Schreibmaschinen gebrauchten Farbbändern. Ueber die Verhältnisse in diesem Industriezweige kann man in den Fachorganen sogar lesen, daß die gewaltig gestiegenen Preise nicht durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gerechtfertigt seien, sondern von der Konvention der Fabrikanten diktiert wurden. Sobald wieder amerikanische Farbbänder zu weit billigeren Preisen auf den Markt kommen, ist die deutsche Fabrikation, wenn sie nicht schon vorher einlenkt, einfach ausgeschaltet. Schon heute liegen aber große Mengen Farbbänder in Schweden und Dänemark, die selbst unter Berücksichtigung unserer gegenwärtigen Valuta, zu Preisen angeboten werden, die die deutschen Inlandpreise weit unterbieten. Hier liegt die Schuld nicht beim Handel, sondern bei den Fabrikanten. Aber der Handel müßte, unter Hinweis sowohl auf die übermäßig hohe Preisfestsetzung, wie auch auf die bevorstehende Möglichkeit der Auffüllung seiner Läger mit amerikanischen Beständen einen Druck auf die Konvention ausüben, der sie zu Preisreduktionen zwingt.

In Summa: Wenn auch keine allgemeine schnelle Senkung des Preisniveaus in Deutschland vor der Tür steht, so ist doch sehr wohl mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Auslandsfabrikate mit besseren Rohmaterialien zu

vergleichsweise billigeren Preisen hereinkommen und daß dann der Groß- und Detailhandel vor einem Konflikt steht, der in der regeren Nachfrage der Käufer für die Auslandsware begründet ist. Ein Konflikt, der von ihm im Sinne des Publikums wird gelöst werden müssen, wenn nicht die Deffentlichkeit, die ihre Bedürfnisse nicht hinter den sachlich noch so begründeten Interessen des Handels zurückgesetzt sehen will, den Ruf nach stärkeren Verkaufsstellen der Auslandsprodukte erheben soll. Aber, auch wenn diese Auslandsware nicht so schnell und in größeren Mengen hereinkommen, droht dem Händler eine längere Periode der Stagnation des Geschäftes. Dem Kaufmann aber liegt und muß daran liegen, sein Kapital so oft wie möglich umzusetzen. Verkauft er schnell und häufig mit kleinem Nutzen, so ist das für ihn wertvoller als ein stockender Umsatz zu Preisen, in denen höhere Gewinnmöglichkeiten liegen. Den Schluß hieraus zu ziehen ist nicht schwer. Der Handel muß sich resolut zu einem Abbau der Preise auf der ganzen Linie entschließen. Nicht in einem Maße natürlich, der seine Existenz untergräbt, aber doch in einem Umfang, der dem Käuferpublikum, das nun seit Jahren mit verbissenem Grimm das ständige Steigen der Preise beobachtet, neuen Mut einflößt und ihm einen Anreiz zum Einkaufen gibt!

Einer muß den Mut zum Anfang haben. Es ist keine Kunst, mechanisch die Alra der Preissteigerungen mitzumachen und in löblicher Eile die neuen Preiserhöhungen auch auf seine eigenen Waren aufzuschlagen. Die Kunst ist vielmehr, dann auch die Käufer zu finden, oder aber, wenn diese ausbleiben und „nicht mehr mitmachen wollen“ die richtige Schlußfolgerung zu ziehen. Die heißt aber in diesem Falle sich endlich einmal gegen die Entwicklung, gegen die endlose Preistreiberei zu stemmen. Man wird, dessen bin ich gerade aus der hohen Einschätzung der psychologischen Wirkungen eines solchen heute noch als ungeheuerlich empfundenen Vorgehens sicher, damit nicht das Grab des Handels schaufeln, sondern ihm, der jetzt auf ein totes Gleis geraten ist, in neue Bahnen lenken, die ihm bessere Zeiten und der gesamten Wirtschaft den ersehnten äußeren Anstoß zum Besinnen und zur Einkehr bringen werden.

Deutsche Finanzreform.

(XXV.)*

Das Reich hat aus dem Kriege eigentlich noch lediglich einen Wirtschaftsrahmen zurückbehalten. Dieser Rahmen ist ausgefüllt mit einer Wirtschaft, die bis zum Kriegsende zum überwiegenden Teile für Rechnung des Reiches gearbeitet, dem Reich seine Produkte geliefert und aus der Arbeit fürs Reich ihren Gewinn gezogen hat. Diese Wirtschaft ist jahrelang vom Ausland vollkommen abgesperrt und ganz auf sich angewiesen gewesen. Sie hat

*) Siehe Plutus, Jahrgang 1918, S. 79, 93, 103, 129, 143, 155, 169, 182, 199, 211, 224, 256, 274, 291, 306, 320, 344, 366, Jahrg. 1919, S. 41, 56, 73, 89, 120 und 138 ff.

vielfach die alten Wurzeln ihrer Kraft vollkommen verloren. Ob es sie wiedergewinnen kann, bleibt zweifelhaft. Diese Wirtschaft ist aber auch, wie ich an anderer Stelle schon ausführlich auseinandersetzte, in bezug auf ihre rein finanzielle Arbeitsmöglichkeit zum wesentlichen auf den Staat und dessen Wohlergehen angewiesen. Sie ist ihrer ursprünglichen kapitalistischen Kraft beraubt, und die meisten ihrer Unternehmungen haben Waren oder Wertbestände gegen Kriegsanleihen getauscht, und vom Werte dieser Kriegsanleihen wird es nun abhängen, inwieweit, selbst wenn sich die rein wirtschaftliche Gelegenheit zu neuer Tätigkeit wieder bieten

sollte, die Ausübung dieser Tätigkeit finanziell wieder möglich werden wird. Alles in allem also eine Wirtschaft, die vollkommen aufs Ungewisse gestellt ist. Gewiß inmitten dieser Fülle von Ungewißheit ist allein nur die unumstößliche Tatsache, daß der Staat Geld braucht. Viel Geld. Unendlich viel Geld.

Dieses Geld kann nur aus der deutschen Wirtschaft fließen. Daß diese Wirtschaft sich nach irgendeiner Richtung hin und in irgendeiner Weise sich wieder in Bewegung setzen wird, ist selbstverständlich. Aber vollkommen ungewiß ist, welche finanziellen Möglichkeiten für den Staat aus diesem neuen Wirtschaftsbetriebe sich ergeben können. Darf der Staat unter diesen Umständen alles wild und wirr durcheinander wachsen lassen? Es wäre eine Unmöglichkeit. Es bleibt gar kein anderer Weg: der Staat muß sich selbst die Wirtschaft schaffen, aus der er Steuern kann. Und er muß den Versuch machen, sie so herzustellen, wie sie sowohl für die wirtschaftliche als auch für die finanzielle Zukunft des Staates ihm am besten scheint. Die Staatsfinanzpolitik der Zukunft kann deshalb nur Staatswirtschaftspolitik sein. Und dazu bietet dem Reich die allerbeste Möglichkeit der durch die Kriegswirtschaft geschaffene Rahmen der neuen deutschen Industrierfassung. Diese Verfassung ist, wie bereits oben gesagt wurde, nahezu die Vervollendung der Tendenz, die bereits in der Friedenswirtschaft des letzten Jahrzehntes in steigendem Maße sich bemerkbar gemacht hat. Zwar noch keine vollendete Gemeinwirtschaft. Aber sie zeigt doch auf der einen Seite eine vollkommene Konzentration der einzelnen Gewerbegebiete, eine Organisation gemeinsamer Geschäftsführung in diesen, und überall Verbindungsstege zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat, die Beeinflussung, Leitung und Beaufsichtigung der privaten Wirtschaft durch die Staatshoheit ermöglichen.

Diese Verbindung darf beim Aufbau der neuen Wirtschaft schon aus staatsfinanziellen Gründen das Reich nicht wieder aus der Hand geben. Es muß sich die neue Wirtschaft so aufbauen, wie es sie braucht, und es hätte wahrlich keiner Revolution bedurft, um die Rückkehr in die alte Ungebundenheit für diesen Neuaufbau unmöglich erscheinen zu lassen.

Eine Komplikation ist seit der Revolution nur dadurch eingetreten, daß die Führung der Regierung im Reich durch Parteien übernommen worden ist, deren Programm auf der Grundlage des Marxistischen modernen wissenschaftlichen Sozialismus beruht. Das Schlagwort „Sozialisierung“ beherrscht seit dem 9. November alle Erörterungen über die Ausgestaltung der Wirtschaft. Aber niemand weiß recht, was er sich unter dem Begriff der Sozialisierung vorstellen soll. Unbestritten ist, daß jede Sozialisierung, die diesen Namen überhaupt verdient, die Erträge der Wirtschaft der Allgemeinheit zugute kommen lassen muß, und daß durch die Sozialisierung die Produktionsinstrumente selbst in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Aber damit kann der Sinn des Begriffes der Sozialisierung nicht erschöpft sein. Vielmehr wird meist bei der

Diskussion über dieses Thema etwas unbeachtet gelassen, das als ganz selbstverständlich aus den beiden eben genannten Satzbestandsmerkmalen der Sozialisierung folgt: die Verwaltung der Produktionsinstrumente in einer Weise, die nicht nur höchsten Ertrag, sondern vor allem auch höchste Produktivität der Produktionsinstrumente, d. h. günstigste Relation zwischen Arbeitsaufwand und Arbeitsnutzeffekt ermöglicht. Die Berücksichtigung gerade dieses Punktes ist von höchster Wichtigkeit für die Entscheidung der hauptsächlichsten Streitfragen, die sich an die gar nicht mehr bestrittene Forderung nach Sozialisierung knüpft, nämlich der Frage nach der Form der Durchführung der Sozialisierung. Ist diese „Vergesellschaftung“ der Produktionsinstrumente identisch mit der Verstaatlichung? Sie kann es natürlich sein. Sie braucht es aber nicht zu sein. Und wenn man in erster Linie an der Hand der finanziellen Staatsbedürfnisse die Frage zu lösen trachtet, so darf sie es gar nicht sein. Es mag hier ganz unerörtert bleiben, ob die einzelnen Fabrikationszweige unter den veränderten Verhältnissen und angesichts der hohen Einkommensbedürfnisse des Staates sich zur Verstaatlichung eignen. Im allgemeinen wird man sowohl unter dem Gesichtspunkt höchster Produktivität, wie höchster Ertragsfähigkeit, die Uebernahme des Betriebes durch den Staat, ablehnen, dagegen unbedingt die Staatsregelung und Staatsaufsicht in weitestem Maße verlangen müssen. Die Uebernahme der Produktion durch den Staat kann deshalb nicht in Betracht kommen, weil allein die Entfaltung der Privatinitiative, die wiederum nur angeregt werden kann durch das Verdienstinteresse des einzelnen, die höchste Ertragsfähigkeit garantieren kann. Der Staat wird mithin durch seine regelnde Tätigkeit die neue Wirtschaft so aufbauen müssen, daß den wirtschaftenden Individuen der alte Erwerbstrieb erhalten und befriedigt bleibt, daß aber andererseits der Erwerbstrieb noch nach der Richtung der Erzielung höchster Produktivität gedrängt wird. Der Staat wird also die Ausbeutung ebenso durch übermäßig hohe Preise, wie durch Lohndruck, wie durch Vernachlässigung der Fürsorge für die Arbeiterschaft verhüten, so daß die Vermehrung des Profites lediglich durch technische Verbesserungen, d. h. auf dem Wege über die Verfeinerung der Produktivität, allein möglich bleibt.

In dieser notwendig gewordenen Verbindung von Staatsfinanzwirtschaft und Staatswirtschaftspolitik muß der Staat zur Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse in der Hauptsache zwei Wege gehen: Der Staat muß alle Erträge und Einkommen, und die aus den Erträgen und Einkommen gebildeten Vermögen steuerlich erfassen, und er muß andererseits den sachlichen Ertrag der Produktionsarbeit, d. h. die Produkte, in Bewirtschaftung nehmen. Das müssen die beiden großen Kardinalpunkte der neuen Finanzwirtschaft sein. Von dieser Grundformel aus ergeben sich ganz von selbst Grundriß und Einzelheiten des neuen staatsfinanziellen Aufbaues des Reiches.

G. B.

(Weitere Aufsätze folgen.)

Revue der Presse.

Mit der durch das Sozialisierungsgezet in den Mittelpunkt des Interesses gerückten Frage der Vergesellschaftung privater Betriebe und ihrer praktischen Durchführbarkeit setzt sich in prinzipieller Weise Dr. Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ (19. u. 26. April) auseinander. Von dem Standpunkte ausgehend, daß eine Vollsozialisierung unter den obwaltenden Umständen nicht erwartet werden darf, und auch späterhin infolge der Heterogenität vieler Industrien gar nicht möglich sein dürfte, schlägt er ein System vor, das eine

Sozialisierung des Kapitalismus

als solchen herbeiführen soll. Das Problem läge nicht auf dem Gebiete der Produktion, sondern auf dem der Verteilung des Arbeitsertrages, und da bei einer solchen die Abgaben an den Staat zum Zwecke der Schuldentilgung eine Hauptrolle spielten, andererseits diese Abgaben nur zu einem kleinen Teil in Bargeld und Kriessanleihen, zum größeren Teil dagegen in Naturalia, d. h. Grundstücken, Beteiligungen, Aktien, Anleihen, Hypothekenforderungen u. dgl., entrichtet werden dürften, wird zur Verwaltung dieser großen Vermögensmasse die Gründung einer gesellschaftlichen Bank in Vorschlag gebracht, deren Organisation ähnlich, jedoch freier und unbürokratischer als bei der Reichsbank sein soll. Die Kontrolle soll durch einen Verwaltungsrat ausgeübt werden, dem neben Vertretern des Reiches Angehörige aller Wirtschaftsgruppen angehören. Das Reich bekäme gegen die Einbringung der aus der Vermögensabgabe stammenden Naturalieingänge sämtliche Aktien der Bank, in möglichst kleiner Stükelung, die es allmählich und je nach Bedarf gegen Barzahlung oder Kriessanleihen unter das Publikum bringt, um mit dem Erlös die Kriegskosten abzutragen und andererseits die Naturalabgaben zu liquidieren, ohne eine allgemeine Güterentwertung durch das Angebot von Milliardenwerten herbeizuführen. Es kann aber mit einem beliebigen Betrag seines Aktienbesitzes an der gesellschaftlichen Bank beteiligt bleiben, falls dies fiskalisch einen größeren Ertrag verspricht. Das Publikum würde aber durch diese Beteiligungsform eine Anlagemöglichkeit erhalten, die sich von der Obligationrente durch den veränderlichen Ertrag, von der Aktie aber durch größere Sicherheit und Risikoausgleichung unterscheiden würde. Die Arbeits- und Aktionsfähigkeit dieses Unternehmens dürfte, heißt es weiter, nicht viel anders sein, als bei den bisherigen größten Privatbanken, von deren Geschäftsbuchführung es sich nur durch die Größe und Quantität der Objekte unterscheiden würde. Außerdem würde ihm die Aufgabe zufallen, auf dem Emissionsmarkt einen kontrollierenden Einfluß auszuüben und seinen Wirkungsbereich dadurch auszudehnen. Die Ansprüche der Arbeitnehmer in dieses sozialkapitalistische System einzuordnen, erfordere jedoch einen endgültigen Bruch mit dem bisher herrschen-

den Entlohnungssystem. Die Unterstufe für die neue Lohnmethode müsse das Existenzminimum bilden, das auf den Reallohn sich gründen müsse, d. h. nach Art und Menge der zur Existenz unbedingt notwendigen Güter, wobei die Geldentwertung in Betracht zu ziehen sei. Auf diesen Minimallohn müsse sich die zweite Stufe der Lohn differenzierung aufbauen, die den Leistungsunterschieden und anderen individuellen Verschiedenheiten Rechnung zu tragen hätte. Nur müsse sich diese Differenzierung an zwei Voraussetzungen knüpfen. Einmal an die Gleichheit der Ausgangsmöglichkeiten, und weiter müsse der Unterschied zwischen Entlohnung qualitativ hochwertiger Arbeit (Betriebsleiter, Direktoren usw.) und dem Minimum nicht so groß sein wie bisher. Hierfür müßte ein Maximum festgesetzt werden, doch sei den individuellen Verschiedenheiten genügend Spielraum zu lassen. Eine befriedigende Lösung des Entlohnungsproblems biete jedoch nur die glückliche Durchführung einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter an der Unternehmung. Dieser stünden jedoch mannigfache Bedenken entgegen, die sich in der Hauptsache dadurch beheben ließen, daß man die Beträge nicht bar auszahlt, sondern der gesellschaftlichen Bank zur Anlage übermittle und den Arbeitnehmern ihren Anteil in kleinen Aktien dieser Unternehmung aushändige; so würde eine Art Sozialkapitalismus entstehen, der, abgesehen von seinem erzieherischen Wert, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter auf eine breitere und sicherere Grundlage stellen würde. — Eine

Verschiebung in der Gütererzeugung

stellt Prof. Dr. Cassar-Cohn (Königsberg) in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (22. und 23. April) fest, deren Anfänge noch ziemlich weit, wenn auch unerkannt, in die Vorkriegszeit hineinreichen, deren Prozeß aber durch den europäischen Krieg stark beschleunigt worden sei. Die drei Gründe, die für diese industrielle Umgestaltung Bedeutung besäßen, seien der gewaltige Fortschritt des Eisenbahnbaues, der einmal die Mittel zu einer billigen Massengüterbeförderung gewähre und andererseits die Erschließung ehemals menschenleerer Kontinente und ihre Besiedelung durch die weiße Rasse ermöglicht habe, dann die erstaunliche Vermehrung eben dieser außerhalb Europas und schließlich das Erwachen der gelben Rasse zu eigener industrieller Tätigkeit. Dadurch werde die Stellung Europas zu seinen ehemaligen Kolonialländern erheblich zu seinen Ungunsten beeinflusst. Das fortgeschrittenste Beispiel bilde Nordamerika, das heute nicht mehr in der Lage sei, Einwanderer Land zur Niederlassung und Bebauung anzuweisen, so daß der Zustrom sich einer Betätigung als Industriearbeiter zuwenden müsse. Dies habe zur Erstarkung der inländischen Industrie auf Kosten der europäischen Exporttätigkeit geführt. So habe die vor Einführung der Eisenbahn allein herrschende

Eisenindustrie Englands, die durch die für den Transport dieses Schwergutes besonders geeignete maritime Lage des Landes gefördert wurde, ihre Stellung nach dem Ausbau des neuen Transportmittels an den Kontinent eingebüßt, doch seien sowohl Deutschland wie England heute durch Amerika weit überflügelt. Die Entwicklung sei sogar dahin weitergegangen, daß Indien, Japan und auch China während des Krieges eigene Eisenindustrien gegründet hätten, die zum mindesten auf dem ostasiatischen Markt mit der europäischen und amerikanischen in Konkurrenz treten würden. Ähnlich seien die Verhältnisse auf dem Gebiete der Baumwollindustrie fortgeschritten. Die Haupterzeugungsländer für Baumwolle seien Amerika, Indien und Ägypten. An eine eigene Verarbeitung war bei den dreien vor 50 Jahren nicht zu denken, so daß die europäische Baumwollindustrie so viel Rohstoff haben konnte, als ihr paßte. Heute dagegen wachse die indische Baumwollindustrie zusehends, aus Mangel an Importmöglichkeiten, und genau so geht es in Japan, dem es gelungen ist, die größte Baumwollspinnerei des Ostens in Schanghai, die bisher den Engländern gehörte, in seine Hände zu bringen. 1911 behielt Amerika 35,6% seiner Produktion an Rohbaumwolle zur Selbstverarbeitung im Lande, 1917 waren es 53% der Ernte. Es würde für Europa nur übrigbleiben, in nicht allzu ferner Zukunft fertige Baumwollgewebe anstatt Rohbaumwolle zu importieren. Als Schlußergebnis könne man sagen, daß die Exporttätigkeit aller Länder der Erde einem Minimum in der Versendung von Rohstoffen zustrebe. —

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungskosten.

Im Zusammenhang mit einer Äußerung des Reichsernährungsministeriums, in der es hieß, es wolle den landwirtschaftlichen Produzenten für ihre Erzeugnisse bei der Höchstpreisfestsetzung solche Erlöse zubilligen, daß die unter den jetzigen Verhältnissen mögliche Höchstleistung aufrechterhalten bleiben könne, weist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (29. April) auf eine Untersuchung im „Landwirtsch. Genossenschaftsblatt“ hin. Es wird darin die seit 1914 auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktionsmittel eingetretene Preissteigerung in einer interessanten Zusammenstellung angeführt, die eine Erhöhung der Einstandspreise für das tote Inventar auf 400 bis 500% gegenüber der Zeit vor dem Kriege aufweist. Die Preise gestalteten sich hiernach folgendermaßen:

Gegenstand	1914 M	1917 M	1919 M
Motordreschmaschinen . .	2650,—	4000,—	6975,—
Öpeldreschmaschinen . .	350,—	640,—	940,—
Benzol-Lokomobilen . .	4125,—	6600,—	9900,—
Öpel	175,—	350,—	400,—
Drillmaschinen	720,—	1028,—	1850,40
Düngerspreuer	500,—	950,—	1530,—

Gegenstand	1914 M	1917 M	1919 M
Sackmaschinen	424,—	636,—	1020,—
Säckelmaschinen	155,—	310,—	420,—
Kornreiniger	100,—	250,—	350,—
Milchentrifugen	180,—	270,—	410,—
Einscharpflüge	29,—	58,—	87,50
Zweischarpflüge	86,—	172,—	260,—
Heuwender	190,—	300,—	600,—
Viehfutterdämpfer . . .	93,—	154,—	228,—
Grasmäher	290,—	415,—	840,—
Getreidemäher	475,—	640,—	1200,—
Garbenbinder	900,—	1180,—	2250,—
Sensen	3,75	7,20	14,—
Bindegarn pro kg . . .	1,80	11,—	11,50

Der künstliche Dünger hat infolge der erhöhten Selbstkosten in der Industrie eine ähnliche Steigerung durchmachen müssen, so daß bei weiter steigender Tendenz der Preise die Landwirtschaft Gefahr läuft, überhaupt keinen mehr verwenden zu können. Zu welcher katastrophalen Folgen ein dadurch hervorgerufener Minderertrag der Landwirtschaft in bezug auf die Volksernährung bzw. in der Preisgestaltung der notwendigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse führen muß, brauche nicht ausgeführt zu werden.

Umschau.

Steuerfreie

Erneuerungsfonds.

Herr Zivil-Ingenieur Ernst

Neuberg, Berlin, schreibt:

„Im folgenden soll ein Problem gestreift werden, welches viele Industrielle in der jetzigen Zeit, in welcher die Kaufkraft der Mark auf lange hinaus gesunken ist, beschäftigt. § 261, 3 des Handelsgesetzbuches lautet: „Für die Aufstellung der Bilanz kommen die Vorschriften des § 40 mit folgenden Massgaben zur Anwendung: Anlagen und sonstige Gegenstände, die nicht zur Weiterveräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind, dürfen ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis angesetzt werden, sofern ein der Abnutzung gleichkommender Betrag in Abzug gebracht oder ein ihr entsprechender Erneuerungsfonds in Ansatz gebracht wird.“ Ein beliebiges Beispiel mit einfachen Zahlen soll zeigen, wie dieser Paragraph in Praxis bei — um eine Gattung von Fabriks-Aktiengesellschaften herauszugreifen — der metallbearbeitenden Industrie gehandhabt würde:

Bilanz.

Aktiva:

Grundstücke und Gebäude	1 000 000	M
Maschinenpark	1 000 000	"
Waren	1 000 000	"
Debitorer, Bankguthaben, Kasse usw.	1 000 000	"
	4 000 000	M

Passiva:

Aktien-Kapital	1 200 000	M
Reservefonds	500 000	"
Hypotheken	1 000 000	"
Kreditoren	1 300 000	"
	4 000 000	M

Die jahrelange Erfahrung soll beispielsweise bei dieser Aktien-Gesellschaft gelehrt haben, dass bei guter Instandhaltung (die diesbetreffenden Aufwendungen werden

über Betriebs-Unkosten abgebucht) der Maschinenpark neun Jahre hält, dann noch als Altmaterial einen Wert von 10% des Neuanschaffungswertes besitzt.

Es wurden dann während neun Jahren je 100 000 *M* auf Fabrikeinrichtung abgeschrieben. Nach neun Jahren sähen die Aktiven unserer verstehenden Bilanz — dabei sind nur die Zahlen, die uns interessieren, geändert — wie folgt, aus:

Aktiva:	
Grundstücke und Gebäude	1 000 000 <i>M</i>
Maschinenpark	100 000 "
Waren	1 000 000 "
Debitoren, Bankguthaben, Kasse usw.	1 900 000 "
	<hr/>
	4 000 000 <i>M</i>

Der Augenblick ist gekommen, wo die Aktiengesellschaft ihren Maschinenpark als Altmaterial für 100 000 *M* verkaufen will und sich für diese 100 000 *M* und einen Teil des im Konto „Debitoren“ usw. enthaltenen Bankguthabens im weiteren Betrage von 900 000 *M* einen neuen Maschinenpark zum Ersatz des unbrauchbar gewordenen für 1 000 000 *M* anschaffen will. Jetzt stellt sich heraus, dass derselbe nicht eine Million, sondern beispielsweise 2 600 000 *M* kostet, dass das Altmaterial nicht Mark 100 000 *M*, sondern 200 000 *M* bringt. Um sich diese 2,6 Mill. zu beschaffen, muss sich die Aktiengesellschaft 1,5 Mill. leihen, welche ihr jährlich 90 000 *M* Zinsen kosten sollen, und sie muss jährlich statt 100 000 *M* nunmehr 250 000 *M* abschreiben. Lässt die Marktlage keine Kalkulationsänderung zu, wird der jährliche Reingewinn um 240 000 *M* geringer. Waren bis dahin in unserem Beispiel 10% Dividende an die Aktionäre verteilt, arbeitet künftig die Aktiengesellschaft mit einer Unterbilanz von etwa 10% ihres Aktienkapitals. Dieses Beispiel muss bei Anlagewerten, welche sich in absehbarer Zeit so abnutzen, dass sie durch neue ersetzt werden müssen, folgendes lehren: 1. Die Sorgfaltspflicht ist nicht erfüllt, wenn der Fabrikant nur einen der Abnutzung gleichkommenden Betrag in Abzug bringt. Er muss neben dieser Abschreibung einen Erneuerungsfond schaffen, aus dem bei Neuanschaffung des abgebrauchten Gegenstandes die Differenz zu entnehmen ist zwischen dem Anschaffungspreis des verbrauchten Objektes und dem Anschaffungspreis des Ersatzgegenstandes. 2. Während der zurückliegenden Kriegsjahre konnte nicht übersehen werden, dass die Kaufkraft der Reichsmark auf lange hinaus stark gemindert sein würde; daher dürfte es fast überall unterblieben sein, aus diesem Grunde Fonds zu schaffen. Die Sorgfaltspflicht verlangt es aber jetzt vom Fabrikanten, dass er einen Erneuerungsfonds schafft, bevor er Reingewinn ausschüttet. Für die Höhe desselben sind massgebend einerseits die Abschreibungen, welche auf die in Betrieb befindlichen Anlagen getätigt sind, andererseits die Zahl, welche der Entwertung der Reichsmark entspricht. Kommen wir auf unser früheres Beispiel zurück und nehmen an, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, in welchem der Maschinenpark vier Jahre gearbeitet hat, 400 000 *M* seien abgeschrieben und die Kaufkraft der Mark sei zurückgegangen im Verhältnis 2,8:1, so muss der Fabrikant sich einen Erneuerungsfond schaffen von $400\,000\,M \times 1,6 = 624\,000\,M$. 3. Auch der Fabrikant, welcher seinen Maschinenpark auf 1 *M* abgeschrieben hat und Neuanschaffungen über Be-

triebsunkosten abschreibt, kommt ebenfalls um die Frage des Erneuerungsfonds nicht herum. 4. Derartige Erneuerungsfonds sind nicht stille Reserven. Wer sie nicht schafft, liquidiert den Teil seines Vermögens, der dem Wertzuwachs der Objekte entspricht, der hervorgerufen ist durch die Entwertung der Mark. Die Dotierung derartiger Erneuerungsfonds müsste daher sinngemäss steuerfrei bleiben.“

Hamster-Geld.

Aus Hotelierkreisen wird mir geschrieben: „Ueber die Ursache“ der — auch heute noch sehr starken — Geldthesaurierung durch so ziemlich alle Schichten der Bevölkerung hat man sich in der Öffentlichkeit und der Presse unzählige Mal ausgelassen. Auf alle politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Gründe der Bargeld-Hamsterei ist des langen und breiten eingegangen worden. Ein recht wichtiges Moment ist aber, so weit ich die öffentliche Diskussion verfolgen konnte, bisher noch nirgends beachtet worden: Der enge Zusammenhang zwischen Geldhamsterei, resp. dem ständigen Halten bedeutender Barvorräte und dem Schleichhandel. Man braucht nur ein wenig in den Kreisen der grossen und mittleren Hotel- und Gasthausbesitzer umherzuhören, um ein Bild davon zu erhalten, welche Barvorräte diese Gewerbetreibenden jetzt ständig halten müssen, um so viel Schleichhandelswaren beziehen zu können, dass sie in der Lage sind, ihre mehr oder minder verwöhnte Kundschaft zufrieden zu stellen. Es ist ja eine im Wesen des Schleichhandels begründete Erscheinung, dass er sich nicht in dem Lichte der vollen Öffentlichkeit abspielt und dass seine Lieferungen nicht regelmässig und abseht gleichartig, so wie im regulären Handelsgeschäft erfolgen. Der bessere Hotelier und Gastwirt hatte es früher nicht nötig, grössere Barsummen im Hause zu halten. Er unterhielt durchweg sein ständiges Bankguthaben und überwies monatlich oder vierteljährlich (wenn er nicht in der Kreide sass, was ja auch hier und da vorgekommen sein soll) seinen Lieferanten ihre Guthaben. Heute ist das ganz anders geworden. Da taucht urplötzlich ein mehr oder minder Unbekannter auf, der ein halbes oder ganzes Kalb zum Verkauf anbietet, oder andere, die einen halben Zentner Zucker, Butter oder Speck, ein Paar Gänse, einige Kästen „billiger“ Spirituosen oder einen Posten Eier mit sich führen. All diese Herren wollen ihre Waren sofort losschlagen und auch bar Geld sehen. Für Ausstellung von Rechnungen und für spätere Ueberweisungen haben sie verdammt wenig Sinn. Da bleibt also dem Hotelier und Gastwirt nichts anderes übrig, als ständig einen recht erheblichen Barvorrat im Hause zu halten. Ich selbst, der ich allerdings einen grossen Betrieb nördlich von Berlin besitze und der ich stets strikt darauf gehalten habe, alle überflüssigen Gelder sofort zur Bank nach der benachbarten kleinen Stadt zu schicken, muss jetzt ständig mehr als zehntausend Mark bar im Hause halten, um stets sofort dem Schleichhandel Zahlung leisten zu können. Und dies alles, trotzdem die immer wachsende Unsicherheit in der Umgebung der Städte — alle grösseren Bauern und Besitzer klagen über die zahlreichen Hühner-, Holz- und Gelddiebstähle — mir, wie auch

meinen Kollegen viel unruhige Nächte bereitet, wenn wir unserer gefüllten Geldsäcke gedenken. Hier hat man es also in der Tat mit einem Uebelstand zu tun, der der Geldaufspeicherung einen starken Rückhalt gibt. Zumal auch die Bassermannschen Gestalten, die den Schleichhandel so schwunghaft betreiben, aus mancherlei, zum Teil naheliegenden Gründen es vorziehen, ihrerseits wieder die vereinnahmten Gelder, soweit sie nicht in Waren angelegt werden, nicht bei einer Bank einzuzahlen. Sondern auch sie halten sie lieber im Hause oder in der mehr oder minder sauberen Brief- und Hosentasche. Ziehen es wohl auch im Hinblick auf die Möglichkeiten einer später einmal kommenden Bankkonten-Kontrolle vor, niemanden in ihre sich so erfreulich gestaltenden Vermögensverhältnisse einen Einblick gewinnen zu lassen. Will man also einen der Gründe, die zur Aufrechterhaltung des hohen Notenumlaufes führen, aus der Welt schaffen, so muss man zunächst den Schleichhandel energisch bekämpfen. Ob das aber, solange die Lebensmittelpknappheit nicht durch bedeutende ausländische Zufuhren gemildert und die herrschende Organisationslosigkeit durch ein vernünftigeres und auch vor allem anders gehandhabtes System ersetzt worden ist, möglich ist, muss stark bezweifelt werden. Wie es ja überhaupt eine Sisyphusarbeit ist, bei dem gegenwärtigen Geisteszustande des Volkes auf straffe Durchführung von Gesetzen zu dringen.“

jag. Die Bezahlung deutscher Vorkriegsschulden.

Man schreibt mir: „Angesichts der Verhandlungen über den

Vorfrieden dürfte es sich verlohnen, die weite Kreise stark berührende Frage der Bezahlung der privaten Schulden aus der Zeit vor dem Kriege in letzter Stunde noch einmal zu erörtern. Handelt es sich doch bei dem heutigen Valutastand um Milliardenwerte, die zur Verrechnung kommen müssen, da allein unsere Schulden an das feindliche Ausland bei Kriegsausbruch etwa 1 1/2 Milliarden betragen, denen Zinsen und Kursdifferenzen hinzuzurechnen wären. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die deutschen Schuldner schon wenige Monate nach Kriegsausbruch sehr wohl in der Lage gewesen wären, ihre Schulden mit mässigem Verluste zu decken. Lediglich die gesetzgeberischen Massnahmen der Regierung verhinderten einen rechtzeitigen Begleich, bis schliesslich die feindlichen Guthaben in die Verwaltung des vom Reich bestellten Treuhänders für feindliche Vermögen übernommen wurden, und durch die damit zusammenhängenden Einschränkungen dem Schuldner jeder weitere Einfluss auf das Schicksal seiner Schulden entzogen wurde. Mit vollem Recht muss der deutsche Schuldner daher fordern, dass ihm das Reich zur Abwendung unverschuldeten Schadens jede nur erdenkliche Unterstützung leiht, und es geht keinesfalls an, den Schuldner heute etwa auf den Weg der Einzelabmachung mit den verschiedenen Gläubigern zu verweisen, sondern die Regierung muss sich klar darüber sein, dass sie die Verantwortung für die vom Reich erlassenen Verordnungen in vollem Umfange übernehmen muss und letzten Endes für jeden entstehenden Schaden aufzukommen hat. Von allen Möglichkeiten, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, scheint der Weg einer Kompensation der Gesamtschulden mit den Gesamt-

guthaben am gangbarsten zu sein. Allerdings ist uns die Höhe unserer Forderungen zahlenmässig nicht bekannt, doch dürfte der Betrag vermutlich kaum sehr erheblich hinter der Schuldsomme zurückbleiben, wobei beiderseits eine durchschnittliche Bonität vorausgesetzt sei. Natürlich sind bei einer solchen Regelung in Anbetracht der grossen Verschiedenheit der Art und der Sicherheit der einzelnen Forderungen beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden, auch der Ausgleich eines etwaigen Schuldsaldos eines Landes an ein anderes bedarf sorgfältiger Erwägung, aber alle diese Schwierigkeiten sind nur technischer Natur, die einer in solchen Dingen bewanderten Finanzkommission keine unüberwindlichen Hindernisse bereiten können. Sonstige ernsthafte Bedenken sollten dieser Form der Abrechnung kaum entgegenstehen, denn die Annahme, dass Gruppen deutscher Gläubiger nicht geneigt seien, auf die ihnen durch die Valutadifferenzen mühelos in den Schoss fallenden Gewinne aus ihren feindlichen Auslandsforderungen zu verzichten, muss auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden. Abgesehen davon, dass das Ausland alles aufbieten wird, diese eventuellen Gewinne von vornherein abzuschneiden, so ist hier die bedingungslose Forderung aufzustellen, dass das Reich, dem die ungeschmälernte Verantwortung für diese ganze Sachlage zufällt, es unter gar keinen Umständen zulassen darf, dass sich einzelne Industriegruppen noch nachträglich aus den Folgen unseres nationalen Zusammenbruchs als Nachkriegsgewinne in nicht zu billiger Weise bereichern, während andere Industrien, die aus notwendigsten Rohstoffeinkäufen grosse Verbindlichkeiten haben, unter Umständen dem Ruin entgegengetrieben werden. Von weiteren Möglichkeiten, die ausser einem von den Feinden vielleicht beabsichtigten Zwangskurs ins Auge zu fassen sind, sei die Valutaanleihe erwähnt, aus der das Reich den deutschen Schuldnern entsprechende Beträge langfristig zu mässigem Zinsfuss zur Verfügung zu stellen hätte, bis diese Vorschüsse eventuell nach einem Zeitraum von Jahren zum annähernden Normalkurs zurückgezahlt werden können. Ein Verfahren, bei welchem das Risiko des Reiches ein äusserst geringes wäre. Es steht zu hoffen, dass es unserer Finanzkommission gelingen wird, zu einer gerechten Lösung dieser ersten und schwierigen Frage zu kommen, die einstweilen weite Industriekreise mit banger Sorge erfüllt, und es ist strikte zu fordern, dass das Reich sich seiner vollen Verantwortlichkeit für die bestehende Situation bewusst sei. Denn äussersten Falles würde unbedingt zu verlangen sein, dass das Reich als solches den eventuell entstehenden Verlust deckt, da es der Industrie nicht zugemutet werden kann, einen unter Umständen vernichtenden Schaden zu tragen, an dem sie völlig schuldlos ist, und den ausschliesslich Massnahmen des Reiches verursacht haben, das sich nun seinen Verpflichtungen keinesfalls entziehen darf.“

Handelsanwälte. Herr L. Koppel-Dessau schreibt mir: „In Nummer 1/2 des „Plutus“ (S. 12 ff.) gibt Herr Carl Redtmann in einem Artikel „Moderne Organisation in Mittel- und Kleinbetrieben“ den Leitern solcher Betriebe den Rat, durch Studium der Büro-Organisations-Branche und durch Orientierung an Hand guter Fachblätter ihren eigenen Betrieb besser zu organisieren, dadurch übersichtlich und zeitsparend zu ge-

stalten. Der Rat ist an sich sehr gut, doch wird manchem nicht nur die Zeit zu dieser Orientierung fehlen, sondern sie werden auch nur diejenigen aus der Fülle der Anregungen das für sie geeignete zu entnehmen wissen, die von vornherein Verständnis für solche Organisation mitbringen; die meisten würden unnötige, unzweckmässige Einrichtungen treffen und das für sie notwendige übersehen. Ebenso wie nur wenige an Hand medizinischer Bücher oder Fachzeitschriften Krankheiten werden bekämpfen wollen, weitaus die meisten aber den Fachmann, den Arzt zu Rate ziehen werden, der nicht nur diese Werke studiert hat und diese Zeitschriften verfolgt, sondern der vor allem auch Erfahrung darin hat, was dem einzelnen frommt, ebenso ist es auch bei der Innenorganisation zweckmässiger, den Fachmann, in diesem Falle den Bürobedarfs-Fachmann, den Organisator, gegebenenfalls den Werbefachmann zu Rate zu ziehen. Wer nicht nur auf diesen Gebieten beraten sein will, sondern ausserdem allgemeine Förderung seines Betriebes wünscht, zieht am zweckmässigsten den Handelsanwalt zu Rate. Da der Beruf des Handelsanwalts, der sich erst in den letzten Jahren entwickelt hat, weiten Kreisen noch nicht bekannt ist, sei es mir gestattet, die Entstehung dieses neuen Standes und sein Tätigkeitsfeld kurz zu schildern. Die grosskapitalistische Unternehmung kann einen vielseitig erfahrenen kaufmännischen Leiter mit weitem Blick, kann einen erstklassigen technischen Leiter gegen hohe Entlohnung und Gewinnanteil in ihren Dienst stellen. Darüber hinaus wird die Aktiengesellschaft auf Grund gesetzlicher Bestimmung von Aufsichtsräten beraten, die zumeist ebenfalls erfahrene Kaufleute, Bankiers usw. sind, und die ein Interesse an dem Gedeihen ihrer Gesellschaft haben; vielfach wird die Aktiengesellschaft auch einen juristischen Beirat ständig in ihren Dienst stellen. Den mittleren und kleineren Betrieben, die sich einen so kostspieligen ständigen Leiter nicht halten können, stellt nun der Handelsanwalt seine durch geeignete Vorbildung und vielseitige Erfahrung gewonnenen Kenntnisse gegen Honorar zur Verfügung. Sein Arbeitsfeld ist so gross, so umfangreich, so vielseitig, wie die Tätigkeit des Kaufmanns überhaupt. Er erspart seinem Klienten nicht nur Zeit und Geld, Verluste und kostspielige Erfahrungen, sondern er will dessen Betrieb in jeder Hinsicht fördern, sei es durch Erschliessen neuer Absatzgebiete oder neuer Bezugsquellen, sei es, dass er ihm die Aufnahme neuer, in den Rahmen seines Betriebs passender Artikel empfiehlt, sei es durch Hebung des Umsatzes auf Grund geschickter Reklame, sei es durch Beteiligung an einem Unternehmen, sei es durch Beratung vor Abschluss langfristiger Verträge, sei es durch Verhütung von Prozessen durch Ausgleich der Differenzen und Erhaltung des Kunden, sei es durch Einrichtung einer übersichtlichen, zeitsparenden Innenorganisation usw. Selbst der beste Branche-Fachmann, der tüchtigste Einkäufer, der gewandteste Verkäufer wird zuweilen den Rat eines Handelsanwalts mit Nutzen verwenden können, ja bitter notwendig brauchen; er wird ihm helfen, die Widerstände und Hemmungen, die in keinem Betrieb ausbleiben, zu überwinden. Mancher Kaufmann wird wohl daran tun, gegen ein bestimmtes Honorar oder gegen einen Anteil am Mehrumsatz mit dem Handelsanwalt in regelmässigen Zwischenräumen

nicht nur alle Schwierigkeiten, sondern auch alle das Geschäft fördernden Angelegenheiten zu besprechen. Aber wie schliesslich die grosse Menge den Arzt doch nur dann zu Hilfe ruft, wenn die Gesundheit einen Stoss erlitten hat, so wird jeder Kaufmann und Gewerbetreibende wenigstens in schwierigen kaufmännischen Fragen mit Nutzen den Rat des Handelsanwalts einholen. Die über das ganze Reich und auch im Ausland verteilten Handelsanwälte haben sich vor kurzem in einen Verband zusammengeschlossen, der durch einen Ausschuss dafür sorgt, dass nur moralisch einwandfreie, entsprechend vorgebildete und vielseitig erfahrene Kaufleute aufgenommen werden. Der Vorsitzende des Verbandes ist Herr Handelsanwalt Gerhard Wauer, Berlin, Potsdamerstr. 118.“

Börse und Geldmarkt.

An der Börse hört man nun schon die Friedensschalmeien ertönen und sucht darüber die Sorgen der inneren und der Wirtschaftspolitik zu vergessen. Gerade noch bevor der allproletarische Weltfeiertag den Lenzmonat einleitete, konnte man auch so etwas wie einen Börsenfrühling feiern. Der schwäbische Dichter empfängt den Frühling mit den hoffenden Worten: „Nun muss sich altes, alles wenden!“ Erfreulicherweise hat sich zum Lenzesbeginn auch endlich die Entwicklung unserer Valuta unter dieses Motto gestellt. Während die letzten Wochen ein rapides Herabgehen an den neutralen Börsenplätzen, vor allem in der Schweiz, brachten und im Zusammenhang damit sowohl die Kurse deutscher Werte ständig zurückgingen, die ausländischer Aktien aber entsprechend in die Höhe sprangen, kam es am letzten Apriltage zu einem starken Umschwung der gesamten Tendenz. Nachdem schon ein oder zwei Tage vorher Holland, die Schweiz und die nordischen Länder anziehende deutsche Devisenkurse gemeldet hatten, und eine gleiche Kunde auch jetzt wieder kam, verdichteten sich im Zusammenhang mit der Zuversicht auf einen günstigen Verlauf der Versailler Verhandlungen die Hoffnungen auf das Zustandekommen einer grossen internationalen Valuta-Anleihe für Deutschland. Die neugeschaffenen Handels-erleichterungen im Verkehr mit dem neutralen Ausland, sowie der Abbau der schwarzen Listen taten ein übriges, um die Stimmung zu heben. So geschah es denn, dass auf die Erwartung einer allmählichen Stabilisierung der Markvaluta die in letzter Zeit so stark bevorzugten ausländischen Aktien von dem Throne, auf die sie die schnell wandelbare Börsengunst emporgehoben hatte, mit beträchtlichem Gepolter heruntergestossen wurden. Insbesondere die Kanada-Aktien wurden dabei erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig wurden deutsche Aktien wieder aus der Aschenbrüdelecke aus Tageslicht hervorgezogen und ein wenig für die Unbilden der letzten Monate entschädigt. Es ist heute, wo diese Zeilen geschrieben werden, ausserordentlich schwer, die Berechtigung oder fehlende Fundierung dieses Stimmungsumschwunges zu erweisen. Es weiss heute noch kaum jemand, ob wirklich die Verhandlungen in Versailles den Erfolg haben werden, den die Börse schon ein wenig „eskomptiert“. Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Vertrages — wir wissen noch nicht, was die Unter-

händler aus den Falten ihrer Togen hervorholen werden. Klar ist, dass die gesamte internationale politische und wirtschaftliche Situation gebieterisch das Zustandekommen eines Friedens fordert, klar aber auch, dass Deutschland heute in der Lage eines Mannes ist, der nur so wenig noch zu verlieren hat, dass er schon den Mut haben kann, ein gerechtfertigtes „Unannehmbar“ auszusprechen. Dass, kommt wirklich ein endgültiger Frieden jetzt zustande, eine grosse amerikanische, oder durch internationale Girobürgschaften erweiterte Anleihe für Deutschland im Bereich des Möglichen und Erreichbaren

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:—)

Mittwoch, 7. Mai	G.-V.: Dürener Bank, Ammendorfer Papierfabrik, Maschinenbau - Ges. Balcke, Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen, Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt.
Donnerstag, 8. Mai	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Bilanzsitzung Bank für Handel und Industrie. — G.-V.: Magdeburger Strassen-Eisenbahn, Gross-Lichterfelder Bauverein, Lichtenberger Terrain-A.-G. Mechanische Weberei Linden, Atlaswerke Bremen.
Freitag, 9. Mai	G.-V.: Magdeburger Bau- und Creditbank, Adler-Portland-Cementfabrik, Saline- und Soolbad Salzungen.
Sonabend, 10. Mai	Bankausweis New York. — G.-V.: Schleswig-Holsteinische Bank, Süddeutsche Immobilien-Ges., Finkenbergt Akt.-Ges. für Portland-Cement- und Wasserkalkfabrikation, Königsberger Handels-Compagnie, Kraftübertragungswerk Rheinfelden, Deutsche Gussstahlkugel- und Maschinenbaufabrik, Schweinfurt, Neue Apothekerbank, Bergbau-Akt.-Ges. Justus.
Montag, 12. Mai	G.-V.: Westfalia Akt.-Ges. für Fabrikation von Portland-Cement und Wasserkalk, Berliner Spediteur-Verein, Grün & Bilfinger.
Dienstag, 13. Mai	Reichsbankausweis. — G.-V.: Akt.-Ges. für Schriftgiesserei Offenbach, Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. Kapler.
Mittwoch, 14. Mai	G.-V.: Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Akt.-Ges., Pommersche Eisengiesserei und Maschinenfabrik, Grosse Leipziger Strassenbahn.
Donnerstag, 15. Mai	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Sächsische Bank Dresden, Deutscher Eisenhandel, Deutsche Levante - Linie, Niederwaldbahn, Hallesche Pfännerschaft Akt.-Ges.
Freitag, 16. Mai	G.-V.: Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-Ges., Butzke Gasglühlicht-Akt.-Ges., F. Butzke Akt.-Ges. für Metallindustrie, Wasserwerk für das nördliche Westfälische Kohlenrevier, Deutsche Wasserwerke, Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik, Kammgarnspinnerei Schedewitz.

Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihm wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv-Schrift* sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Sonabend, 17. Mai	Bankausweis New York. — G.-V.: Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges., Gladbacher Wollindustrie vorm. L. Josten, Berliner Holz-Comptoir, Kyffhäuserhütte Maschinenfabrik, Berliner Elektrische Strassenbahnen, Wickingsche Portland-Cementfabrik, Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges., Koch Adler-Nähmaschinenwerke. — Schluss des Bezugsrechts Maschinenbau-Anstalt Floether.
Montag, 19. Mai	G.-V.: Mecklenburg-Sirelitzsche Hypothekenbank, Sächsische Waggonfabrik Werlau, Schlesische Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Chemische Fabrik Billwärder (Hell & Stamer), Dittmann, Neuhaus & Gabriel Bergenthal.
Dienstag, 20. Mai	Reichsbankausweis. — G.-V.: Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges., Maschinenfabrik Buckau, J. E. Reinecker Akt.-Ges., Deutsche Gasglühlicht-Ges. (Auer).
	Ausserdem zu achten auf: Bankabschlüsse und Bankbilanzen, Abschlüsse chemischer Industrie-Gesellschaften. Verlosungen: 10. Mai: 4% Paris 500 Fr. (1876). 14. Mai: 2½% Griech. National-Bank 100 Dr. (1912), 5% Russ. Reichs Adels Agr.-Bank 100 Rbl. (1889), Serb. Tabak 10 Fr. (1888), Serb. Rotes Kreuz 20 Fr. (1907).

liegt, ist zuzugeben. Ein weiteres Ausspinnen dieser Gedankengänge scheint aber heute, zumal auch die beteiligten Reichsstellen sich in ein sehr ängstliches Schweigen hüllen, angesichts der Kompliziertheit dieser recht subtilen Dinge nicht angebracht zu sein. Jedenfalls darf man sagen, dass auch das Ausland, will man uns schon wieder mit in die Weltwirtschaft einbeziehen, ein Interesse an einer stabilisierten und nicht übermässig entwerteten deutschen Valuta hat.

Die Anfrage des Abgeordneten Davidsohn ist wohl an der Böse auf die Kurse der fremden Wertpapiere ebenfalls nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Man wird aber sagen müssen, dass Davidsohn zum mindesten in dem Teil seiner Anfrage, wo er sich mit den von der Reichsregierung gezahlten, ihm zu hoch erscheinenden Kursen für die abgegebenen Papiere befasst, Widerspruch herausfordert. Das Reichsschatzamt — damals noch unter Schiffers Leitung — hatte voriges Jahr ausdrücklich erklärt, dass es auf dem Standpunkt stände, dass den Besitzern fremder Wertpapiere beim Verkauf der Kurs vergütet werden sollte, der von der Entente erzielt werden würde, abzüglich nur der Spesen, die der Regierung entstanden. Diese Auffassung des Amtes, das sich also gewissermassen als Kommissionär bei dem gesamten Geschäft betrachtete und keine Spekulation für das Reich, keine Aussicht auf Gewinne, aber auch kein Risiko eines Verlustes mit in den Kauf nehmen sollte, war damals nirgends, auch nicht in der Nationalversammlung auf Widerstand gestossen. Der Einspruch erscheint daher jetzt reichlich antiquiert. Die vom Reichsschatzamt festgesetzten und vergüteten Abschlagszahlungen sind zweifellos so bemessen worden, dass sie unter dem Wert der Kurse liegen, die das Reich zu erzielen sicher war, so dass auch hieraus, aus dem loyalen Akte der sofortigen Barzahlung

bei der Abgabe der Stücke dem Reich kein Schaden erwachsen kann. Wenn andere, nicht von der Ablieferung betroffene, ausländische Aktien stark im Kurse gestiegen sind, so hat auch das zum Teil Ursachen, die nicht nur auf Rechnung der Spekulation zu setzen oder allein in der Reaktion auf die Entwertung der deutschen Valuta zu setzen waren. Hier spielten z. B. bei amerikanischen Eisenbahnwerten Käufe linksrheinischer Kommunen für ausländische Lebensmittelbezüge mit, die durch entsprechende Abmachungen mit Holland über die Ausdehnung der Bestimmungen über die Lieferbarkeit der sonst nur in Deutschland gehandelten Zertifikate erzeugt wurden. Durchaus berechtigt dagegen ist, dass Davidsohn sich gegen die Laissez-faire-Politik bei der Abwanderung von Kapitalien wendet. Aber hier hätte er einmal konkrete Ratschläge geben sollen, denn z. B. eine Grenze wie die holländische ist nach den Aussagen aller Fachmänner nun einmal nicht absolut dicht abzuschliessen, solange die Ursachen fortauern, die das Kapital in das Ausland scheuchen. Der Abgeordnete Davidsohn hätte ferner, wenn er schon einmal den finanziellen Dingen seine besondere Aufmerksamkeit schenken will, sich mit den eigenartigen Verhältnissen im besetzten Gebiet befassen sollen. Die gewaltigen Massen von Luxusfabrikaten und Waren, die ständig dorthin eingeführt und mit deutschen Banknoten bezahlt werden, sind für unsere Valuta ausserordentlich schädigend. Er hätte z. B. auf den Lastwagenverkehr Paris—Köln hinweisen können, mittels dessen die Rheinlande mit Produkten überschwemmt werden, deren Genuss sich ein Volk, dessen Valuta im Ausland mit weniger als $\frac{1}{3}$ bewertet wird, vorderhand eben noch versagen muss. Und er hätte auf die vielen Zeitungsanzeigen hinweisen sollen, in denen grosse Posten Schokolade (à 20 000 Kilo und mehr) von vielen Seiten als in der Schweiz lagernd und mit Ausfuhrbewilligung versehen, so offen angeboten werden, dass es klar wird, dass diese Ware doch trotz aller Einfuhrregelung und Devisenzentralisierung noch immer auf irgendwelchen Wegen gegen Zahlung in deutschen Noten ihren Weg in das Reich findet — in einer Zeit, wo kaum genug Geld vorhanden ist, um die uns zugebilligten knappen Lebensmittelrationen einzuführen und zu bezahlen.

Die recht pfuscher-mässig vor sich gehende Kriegsfiananzierung Frankreichs stützt sich, wie bekannt, in der Hauptsache auf die Staatsbank. Eine an schöpferischen und eigenen Ideen ausserordentlich arme, im ausgefahrenen alten Geleise dahertrottende Finanzverwaltung hat die Mühe gescheut, durch eine grosszügige Anleihe- und Steuerpolitik den überwiegenden Teil der Kriegskosten zu decken und damit auch den Interessen der breiten Massen des Volkes, dessen Lebensführung durch die Noteninflation stark verteuert worden ist, zu dienen. Es ist nicht ganz klar, warum trotz aller immer stärker und wütender werdenden Angriffe der Kammer-Linken die Regierung sich nicht schon vor einigen Jahren dazu entschliessen konnte, zur Herabminderung des Notenumlaufes sofort mit einer gestaffelten Einkommensteuer auf alle Kriegs- und Spekulationsgewinne hervorzutreten. Zweifellos mag die innere Unsicherheit der leitenden Männer während all der Jahre, in denen der Feind im Land und der „Endsieg“ in sehr weiter Ferne stand, ein Grund gewesen sein, der sie vom Ergreifen radikaler Massnahmen abhielt. Aber eine voll-

gültige Entschuldigung für eine so unselbständige Politik, die sich damit begnügte, den Ereignissen nachzuhinken und sich in Träume von der kommenden Kriegsentschädigung einzuspinnen, ist das natürlich nicht. Reichlich dunkel ist auch das Kapitel der Beziehungen des Finanzministeriums zur Bank von Frankreich im Kriege gewesen, und ganz aufgeheilt ist es trotz aller Versuche der Sozialisten, hier hereinzuleuchten, noch heute nicht. Man muss, wenn man sich einmal die Mühe nimmt, sich die zahlreichen Kammerdebatten im Kriege über die Staatsvorschüsse bei der Bank und später anlässlich der Diskussionen des Gesetzes über die Erneuerung des Bankprivilegs in die Erinnerung zurückzurufen, doch den Eindruck immer wieder gewinnen, dass in der Tat die Staatsbank diese Art der Notenfabrikation für den Staat, bei der recht ansehnliche Gewinne erzielt wurden, nicht so ungern mitgemacht hat, wie es von ihrer Leitung verschiedentlich dargestellt worden ist, dass sie überhaupt stets eine sehr stark privatwirtschaftlich orientierte Politik getrieben hat und dass sie, wenn sie ernsthafter und energischer sich den Ansprüchen der Regierung widersetzt haben würde, als es der Fall war, die Herren Ribot und Klotz wohl oder übel zu schärferen steuerlichen Massnahmen hätten schreiten müssen. Selbst heute noch geht die Borgerei bei der Bank noch im gleichen Tempo weiter. Die Höchstgrenze für die dem Staate einzuräumenden Kredite ist von 24 auf 27 Milliarden Francs erhöht worden und im Zusammenhang damit musste auch der Maximalbetrag des Notenumlaufes, der schon auf 36 Milliarden heraufgeschraubt worden war, weiter auf 40 Milliarden heraufgesetzt werden. Nur ein sehr nervenstarker Finanzminister kann ohne Schwindelgefühl derartige Massnahmen befürworten. Allerdings sieht man jetzt in Paris selbst ein, dass es auf der alten Bahn nun nicht mehr weiter geht und so wird denn dem ob der neuen Staatsanforderungen an die Bank nicht sehr erfreuten Publikum tröstend verkündet, dass nunmehr aber auch ganz sicher eine grosse Anleiheoperation vorgenommen werden solle, die die Schulden bei der Bank abbauen werde. Man hört die Botschaft, aber der Glaube fehlt. Ja, wenn Frankreichs einzige schwebende Schuld die Staatsschuld von jetzt 22,6 Milliarden Frs. wäre! Aber Frankreich muss ja zunächst einmal bestrebt sein, seine sehr losen kurzfristigen Verbindlichkeiten im Auslande abzudecken und kann erst dann an die Rückzahlung der Schuld bei der Bank gehen. Glaubt man wirklich, dass alles ohne ein ganz grossangelegtes Steuerprogramm erreichen und, selbst im Rahmen der nun aber bald sagenhaften Alliiertenanleihe, so viel erlösen zu können, dass man all den erwähnten Verpflichtungen nachkommen kann? Und wie denkt man sich die Verzinsung dieser Riesenschuld? Es mag den französischen Säckelbewahrern ja sehr peinlich sein und ihre Popularität stark beeinträchtigen, aber ein anderes Mittel, als das ihnen vor kurzem von ihren englischen und amerikanischen Freunden sehr deutlich gewiesene einer gründlichen Finanz- und Steuerreform wird wohl nicht mehr zu finden sein. — Nur des theoretischen Interesses halber sei noch erwähnt, dass die Golddeckung der Noten der Bank von Frankreich, die vor dem Kriege ca. 77% betrug, jetzt ca. 16%, und ohne das Auslands-Gold gar nur ca. 10 $\frac{1}{2}$ % beträgt.

Warenmarktpreise im April 1919.

	1.	8.	16.	22.	28.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	cts. per bushel
Mais Chicago	165	159 $\frac{1}{4}$	153 $\frac{1}{4}$	164 $\frac{1}{8}$	155 $\frac{3}{4}$	cts. per bushel
Kupfer, standard London	77 $\frac{1}{4}$	78 $\frac{3}{8}$	77 $\frac{7}{8}$	76 $\frac{1}{4}$	76 $\frac{3}{4}$	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	82—84	83—84 $\frac{1}{2}$	81—81 $\frac{1}{2}$	81—81 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$ —81	£ per ton
Zinn London	226 $\frac{1}{4}$	226 $\frac{1}{2}$	224	226 $\frac{3}{4}$	226	£ per ton
Zink London	35 $\frac{1}{4}$ —37 $\frac{1}{8}$	36 $\frac{1}{2}$ —37 $\frac{1}{2}$	35 $\frac{1}{4}$ —35 $\frac{1}{2}$	35—35 $\frac{1}{4}$	35 $\frac{1}{2}$ —35 $\frac{3}{4}$	£ per ton
Blei London	25—27	23 $\frac{1}{2}$ —25	24—24 $\frac{1}{2}$	24—24 $\frac{1}{2}$	24—24 $\frac{1}{4}$	£ per ton
Weissblech London	33/10 $\frac{1}{2}$	33/10 $\frac{1}{2}$	33/10 $\frac{1}{2}$	33/10 $\frac{1}{2}$	33/10 $\frac{1}{2}$	sh/d per ton
Silber London	49 $\frac{9}{10}$	48 $\frac{7}{8}$	48 $\frac{15}{32}$	48 $\frac{7}{8}$	48 $\frac{7}{8}$	d per Unze
Baumwolle loco New York	30,00	29,25	28 30	28,50	29,65	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	16,88	17,00	18,01	—	18,55	d per Pfd.
Schmalz Chicago	28,30	29,22 $\frac{1}{2}$	30,25	30,65	32,30	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	17,25	17,85	17,85	17,85	17 85	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	16,00	16,00	16,50	17,25	18 $\frac{1}{4}$	cts. per Pfd.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die französische Revolution von 1789. Eine Mahnung an die Gegenwart. Von Hans Wilhelm Holm. Verlag Ullstein & Co., Berlin 1919. Preis *M* 2.—

Was die Schrift will. — Die französische Revolution von 1789. — Die französische Revolution und die deutsche Nationalversammlung.

Das bolschewistische Russland. Von Hans Vorst. Der Neue Geist Verlag Leipzig. Preis *M* 5.—

Vorrede. — Einleitung. — Der Aufstieg des Bolschewismus. — Stimmen aus dem russischen Volk. — In Arbeiterkreisen. — Die Ermordung des Zaren. — Die Stimmung in Moskau. — Die Hungersnot. — Das rote Moskau. — Im Lager der Antibolschewisten. — Das Leben in Moskau. — Der weisse und der rote Terror. — Die Diktatur des Proletariats. — Russland heute und morgen. — Die grosse Not in Petersburg. — Ein Arbeitermeeting. — Die „Ausserordentlichen Kommissionen.“ — Schlussbetrachtung. — Das bolschewistische Problem.

Ein Hagelversicherungsmonopol des Reiches. Eine kritische Untersuchung über seine Bedeutung für die Landwirtschaft. Von W. Rohrbeck, Dr. iur et Dr. phil. Verlagsbuchhandlung Paul Parey, Berlin 1919. Preis *M* 1.—

Sozialisierung als organisatorische Aufgabe. Von Dr. Herrmann Beck, Ingenieur. Verlag Neues Vaterland. Preis *M* 3.—

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart, Max Weber und Josef Schumpeter herausgegeben von Edga Jaffe. Schriftleitung Emil Lederer, Heidelberg. 45. Band 2. Heft. (Krieg und Wirtschaft, Heft 8.) Tübingen 1919. Verlag von J. C. B. Mohr.

Inhalt: Zum Preis-, Lohn- und Arbeitsleistungsproblem in der Uebergangswirtschaft. Von Dr. Adolf Braun. — Die Wohnungsfürsorge in der Uebergangswirtschaft — Von Dr. Hugo Lindemann, Stuttgart. — Zur Berufslage der Volkswirte nach dem Kriege. Von Dr. Heinz Potthof. — Die ökonomische Umschichtung im Kriege II. Von Prof. Emil Lederer, Heidelberg. — Landwirtschaft und Uebergangswirtschaft. Von Dr. Lothar Meyer, Berlin.

Bericht der Royal Commission on Supply of Food and Raw Material in Time of War 1903. Ueber-

setzt von Käthe Bruns, bearbeitet und eingeleitet von Dr. Ernst Schuster und Dr. Hans Wehrberg. Fünfzehntes Heft der Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1918. Preis *M* 5.60.

Wir fordern die Sozialisierung der preussisch-hessischen Staatsbahnen durch Einführung des Rätessystems. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Berlin SW 11, Königsrätzerstr. 87. Preis *M* 1.—

Sozialismus und Kultur. Heft 2. Profitwirtschaft oder Versorgung wirtschaft. Von Prof. Dr. Franz Staudinger. Im Fische Verlag Berlin. Preis 0.80.

Was geht der deutschen Industrie durch die Abtrennung Elsass-Lothringens und des Saargebietes an Mineralschätzen verloren. Von Dr. Paul Kessler, Stuttgart 1919. E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung. Preis *M* 3.20.

Das Kohlenbecken an der Saar. — Das unterelsässische Erdölgebiet. — Die Kalivorkommen des Oberelsass. — Die lothringische Minette.

Kampf dem Kapitalismus, dem Völkerfeinde. Ein volkwirtschaftlicher Versuch von Josef Rütther, Limburg a. L. Verlag von Gebr. Steffen. Preis *M* 1.65.

Vergesellschaftung der Privatbetriebe. Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Von Dr. Hugo Henricy. Verlag Carl Curtius in Berlin 1919. Preis *M* 1.80.

Frankreichs Handel und Industrie und die Konkurrenz des Auslandes. Generalbericht von Henri Hauser, korrespondieren dem Mitglied des Instituts und Professor an der Universität Dijon. Uebersetzt und bearbeitet im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Sechzehntes Heft der Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1919. Preis *M* 3.50.

Henri Hauser: Generalbericht. — Der Uebergang vom Krieg zum Frieden. — Die Reorganisation der nationalen Industrie. — Bedürfnisse der Industrie und des Exporthandels. — Die Aufgabe des Staates. — Anhang.

Anzeigen des Plutus.

Nationalbank für Deutschland.

Bilanz per 31. Dezember 1918

Aktiva.				Passiva.			
	M.	pf.			M.	pf.	
1. Nicht eingezahltes Aktienkapital			—	1. Aktien-Kapital			90 000 000 —
2. Kasse, fremde Geldsorten und Kupons			500 617 50	2. Reserven			10 000 000 —
3. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken				3. Kreditoren			
4. Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				a) Nostroverpflichtungen	6 682 685	42	
a) Wechsel (mit Ausschluss von b, c u. d.) u. unverzinsl. Schatzanw. d. Reichs u. der Bundesstaaten	235 128 225	27		b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	4 428 447	50	
b) eigene Akzepte	—	—		c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	82 668 704	68	
c) eigene Ziehungen	—	—		d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			
d) Solawechsel d. Kund. an die Order d. Bank	2 000 000	—	237 128 225 27	1. innerhalb 7 Tagen fällig			
5. Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			17 897 712 39	M. 80 691 155,67			
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			152 230 687 50	2. darüb. hin- aus bis zu 3 Mon. fällig	43 081 117,89		
7. Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			3 782 600 —	3. nach 3 Mon. fällig	21 503 699,79	145 275 973	35
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	3 782 600	—		e) sonst. Kredit.			
b) durch andere Sicherheiten	—	—		1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 179 925 579,03		
8. Eigene Wertpapiere:				2. darüb. hin- aus bis zu 3 Mon. fällig	159 467 455,72		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	9 599 317	25		3. nach 3 Mon. fällig	27 675 409,75	367 068 444	50
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	442 293	80		4. Akzepte und Schecks			
c) sonstige börsengäng. Wertp.	12 177 171	10		a) Akzepte	M. 17 325 776,91		
d) sonstige Wertpapiere	5 475 415	30	27 694 197 45	b) noch nicht eingel. Schecks	1 309 112,59		18 634 889 50
9. Konsortial-Beteiligungen			21 744 782 13	Ausserdem: Aval- u. Bürgschafts- verpflichtet.	M. 46 935 320,35		
10. Dauernde Beteiligungen bei and. Banken und Bankfirmen			6 312 329 65	Eig. Ziehungen	10 917 982,—		
11. Debitoren in laufend. Rechnung				davon für Rechnung Dritter	10 917 982,—		
a) gedeckte	150 416 515	77		Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	M. —		
b) ungedeckte	59 682 000	—	210 098 515 77	5. Sonstige Passiva			
Ausserdem: Aval- u. Bürgschafts- Debitoren	M. 46 935 320,35			Talonsteuer-Rückstellung	200 000	—	
12. Bankgebäude			5 100 000 —	Beamten-Pens.- u. Unterstütz.-F.	2 236 479	75	2 436 479 75
13. Sonstige Immobilien			—	6. Gewinn			7 025 596 89
14. Sonstige Aktiva			—				
15. Pensionsfonds-Effekten-Konto			2 170 421 25				
Summa der Aktiva Mark			734 221 221 59	Summa der Passiva Mark			734 221 221 59

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918.

Debet.		Kredit.	
	M. pf.		M. pf.
Verwaltungskosten einschließlich Porti, Depeschen und Stempel	6 516 235 36	Vortrag	323 240 67
Steuern	333 645 39	Gewinn auf Wechsel- und Zinsen-Konto	9 341 231 59
Abschreibung auf Mobilien	113 219 —	" Provisions-Konto	4 210 627 32
Gewinn	7 025 596 89	" Sorten- und Kupons-Konto	113 597 06
	13 988 696 64	(129)	13 988 696 64

Berlin, den 31. Dezember 1918.

Vorstand der Nationalbank für Deutschland.

Wittenberg. Schacht. Goldschmidt.

Die Generalversammlung v. 30. April d. J. hat die Auszahlung einer Dividende von

15%

sowie einer Sondervergütung von 75,— Mark für jede Aktie für das abgelaufene Geschäftsjahr 1918 beschlossen. Der Dividendenschein Nr. 21 unserer Aktien gelangt von heute ab mit 225 Mark bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin, und ihren sämtlichen Niederlassungen zur Auszahlung. [126]

Berlin, 30. April 1919.

Reiss & Martin, Aktiengesellschaft.

Sie rauchen zu viel!

Rauchertrost-Tabletten ermöglichen das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel 2 M., 6 Schachteln 10 M. frei Nachnahme. [114] Ernst & Witt, Abt. 140, Hamburg 23

Die Börse. — Von Bernhard. PLUTUS VERLAG, Berlin W. 62 Kleiststrasse 21.

Wie mache ich mein Testament ohne Rechtsanwalt und ohne Notar? Das Erbrecht.

Verfasser: Hans Lustig kaufmännischer Sachverständiger Preis nur Mk. 1.10. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und die

Sortiments-Abteilung des Plutus-Verlag.

Disconto-Gesellschaft Berlin.

Ordentliche Generalversammlung.

Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf

Mittwoch, den 21. Mai 1919, nachm. 4 Uhr,
zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung
nach unserem hiesigen Geschäftshause, Behrenstr. 42^{II}, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Jahr 1918. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
2. Aenderung des Art. 1 der Satzung (Ausscheiden des Herrn D. Max von Schinckel aus der Zahl der Geschäftsinhaber) und Genehmigung der Gesamtfassung der Satzung unter Berücksichtigung aller bisherigen Aenderungen.
3. Aufsichtsratswahlen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar oder

in Berlin in unserer Effekten-Abteilung, W, Behrenstrasse 43/44, und bei unseren Niederlassungen in Aschersleben, Bad Oeynhausen, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Burg b/M., Coblenz, Cöpenick, Cöthen i/A., Cüstrin, Danzig, Dessau, Detmold, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Giessen, Gronau i/W., Halberstadt, Hannover, Hattlingen, Herford, Hildesheim, Homburg v.d.H., Königsberg i/P., Lemgo, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Metz, Minden i/W., Mühlhausen i/Th., Mülheim (Ruhr), Münster i/W., Naumburg a/S., Nordhausen, Offenbach a. M., Peine, Posen, Potsdam, Rheine i/W., Saarbrücken, Salzwedel, Stendal, Stettin, Tilsit, Trier, Wiesbaden,
„ Köln bei d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. und bei dessen Niederlassungen in Aachen, Beuel, Bonn, Cleve, Köln-Mülheim, Crefeld, Dinslaken, Duisburg, Dülken, Düren, Düsseldorf, Emmerich, Berg-Glabach, Godesberg, Grevenbroich, Hamborn, Melderich, Mörs, Neuß, Neuwied, Odenkirchen, Rheydt, Ruhrort, Siegen, Viersen, Wesel,
„ Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg und bei deren Niederlassungen in Altona und Harburg a. E.,

ferner:

in Augsburg bei der Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G.,
„ Barmen bei dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,
„ Breslau bei dem Bankhause E. Heilmann, bei dem Bankhause G. v. Pachaly's Enkel,
„ Köln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. (siehe oben), bei dem Bankhause A. Levy, bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
„ Dresden bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden, bei dem Bankhause Philipp Ellmeyer,
„ Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
„ Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg (siehe oben), bei der Vereinsbank in Hamburg,
„ Karlsruhe i. B. bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., bei dem Bankhause Veit L. Homburger, bei dem Bankhause Straus & Co.,

in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und bei deren Abteilung Becker & Co.,
„ Magdeburg bei dem Bankhause F. A. Neubauer,
„ Mannheim bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
„ Meiningen bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,
„ München bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, bei der Bayerischen Vereinsbank,
„ Nürnberg bei d. Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G., bei dem Bankhause Anton Kohn,
„ Stuttgart bei der Stahl & Federer A.-G.
gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 2. Mai 1919.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell. Urbig. Dr. Solmssen.
Waller. Dr. Mosler. Dr. Fischer. Schlieper. [128]

Heft 14

Durch einen bedauerlichen Druckfehler ist das Heft des Plutus vom 26. März mit einer falschen Heftnummer versehen ausgegeben worden. Dieses Heft muss die Nummer 13/14 tragen und nicht wie dort angegeben 12/13.

Plutus-Verlag.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	Pf
Grund u. Boden . . .	322179	23
Gebäude	1229484	89
Maschinen	1	—
Utensilien	1	—
Gleis-Anlagen	1	—
Brunnen-Anlagen	1	—
Pferde u. Wagen	1	—
Patente	1	—
Heimstätt.-Grundst.	175109	67
Heimstätt.-Neubaut.	29144	29
Beteiligungen	55000	—
Kasse	15941	14
Effekten	2230774	70
Debitoren	1452105	79
Fabrikat.-Bestände	3016880	31
	5520626	02

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital	3184000	—
4% Obligationen	692000	—
4 1/2% Obligat.	325000	—
Hypotheken	122400	—
Obligationszinsen	10737	50
Dividende	11310	—
Bonus	1700	—
Kreditoren	1817507	02
Arb.-Unterstütz.	200000	—
Reservefonds	318400	—
Spez.-Reservefonds	300000	—
Kriegsreserve	100000	—
Reingew. 15% Div.	477600	—
Tantieme f. Vorst. u. Aufsichtsrat	142100	—
Kriegsst.-Rüchl.	800000	—
Vortr. a. n. Rechn.	23871	50
	8526626	02

Gewinn- u. Verlust-Rechn.

SoH.	M.	Pf
Abschreibung:		
auf Gebäude	55557	78
„ Maschinen	336249	43
„ Utensilien	2990	20
Steuern u. Versich.	432117	30
Handlungs-Unkost.	224402	02
Krankenkassen- u. Unfallvers.-Beitr.	44404	02
Inv. u. A.-V.-Beitr.	19229	17
Ang.-Vers.-Beitr.	15279	60
Angestellten- und Arbeiter-Wohlf.	358837	66
Obligations-Agio	1680	—
Obligations-Zinsen	37580	—
Reingewinn	1443571	50
	2971898	68

Haben	M.	Pf
Gewinn-Vortrag	85424	50
Zinsen-Einnahme	41839	51
Fabrikat.-Gewinn	2844634	67
	2971898	68

Die auf 15% = M. 150. — festgesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 4 bei unserer Gesellschaftskasse in Grünberg i. Schl., dem Bankhause H. M. Fliesbach's Ww. in Grünberg i. Schl., der Bank für Handel und Industrie in Berlin, der Bank für Handel und Industrie, Filiale Breslau, vorm. Breslauer Disconto-Bank in Breslau, zur Auszahlung. [111]

Grünberg i. Schl. den 25. April 1919.

Deutsche Wollenwaren Manufaktur Aktiengesellschaft.
Dr. Osterseker.

Grosse Berliner Straßenbahn

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	Pf
Bahnkörper	113 745 361	32
Grundstücke und Gebäude	33 316 939	83
Wagen	47 245 434	39
Konzessionen nach Abschreib. v. M. 1 016 000.—	23 064 487	58
Maschinen " " " " 79 433.53	714 901	79
Einrichtungen " " " " 35 872.87	1	—
Geräte " " " " 1	1	—
Pferde nach Abschreibung von M. 76 616.20	1	—
Geschirre	1	—
Dienstkleidung nach Abschr. von M. 642 874.55	1	—
Bestände an Baumaterialien	2 863 968	56
" " Betriebsmaterialien	3 076 767	51
" " Werkstattmaterialien	14 758 354	81
Laufende Rechnung, Aussenstände	12 068 899	44
Barbestand	89 144	94
Wertpapiere und Hypotheken		
im Reservefonds	14 126 673	—
in der Tilgungsrücklage	13 309 949	65
als Sicherheiten der Beamten	875 612	—
als Sicherheiten bei Behörden	804 552	50
Aktien der Allgemeinen Berliner Omnibus A.-G.	8 345 909	17
Sonstige Wertpapiere	17 260	—
	288 424 221	49
Passiva.	M	Pf
Aktien-Kapital	100 082 400	—
4% Schuldverschreibungen M. 47 334 500.—		
Davon unbegeben 5 989 500.—	41 345 000	—
4 1/2% Schuldverschreibungen	27 380 000	—
3 1/2% Schuldscheine der früheren Nebengesellsch.	10 080 870	—
Hypotheken	7 022 641	—
Unbelebene Dividenden	56 698	75
4% Unbelebene ausgeloste Schuldver. (nebst	916 025	—
4 1/2% Unbelebene ausgeloste Schuldver. (Zinsen	226 852	60
Rückstellung f. Zinsen der 4% Schuldversch.	46 425	—
" " " " 4 1/2% " "	433 993	75
Reservefonds	14 126 740	40
Tilgungsrücklage	32 415 496	73
Talonsteuerrücklage	1 095 146	90
Sicherheiten der Beamten	884 391	50
Haftpflichtrücklage	3 596 482	59
Lauf. Rechn., Verschied. Gläubig. u. Barsicherh.	16 596 487	14
Erneuerung I	10 818 894	93
Erneuerung II	10 623 323	79
Lästige Betriebsverpflichtungen	1 133 865	56
Gewinn- und Verlustrechnung	9 537 485	85
	288 424 221	49

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	M.	Pf
Schuldverschreibungen- und Hypotheken-Zinsen	3 445 330	37
Gesamt-Abschreibungen	1 850 797	15
Zuweisungen an Tilgungs-, Talonsteuer- und		
Haftpflichtrücklage	2 331 160	—
Zuweisungen an die Erneuerungsrücklagen	13 200 000	—
Vertragsmässige Abgaben	7 866 264	96
Saldo	9 537 485	85
	38 231 038	33

Fortsetzung nebenstehend.

Haben.	M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus 1917	53 734	57
Zinsen	55 262	90
Betriebs-einnahmen M. 100 050 379.44		
Betriebsausgaben " 61 928 338.58	38 122 040	86
(119)	38 231 038	33

Berlin, den 20. März 1919.

Die Direktion.

Dr. Wussow. Meyer. Dr. W. Mücke. Otto.

Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft bescheinigen wir hiermit die ordnungsmässige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit denselben.

Berlin, den 20. März 1919.

Oskar Zwickau,

Öffentlich angestellter,
beidigter Bücherrevisor im Bezirk
der Handelskammer zu Berlin.

Emil Krynitz,

gerichtlicher Bücherrevisor f. d.
Kammergericht u. Landgericht I,
Öffentlich angestellt und beidigtm
Bezirk der Handelskammer z. Berlin.

Fasson

einer Aktiengesellschaft oder einer G. m. b. H.
zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote erbeten sub
E. E. 3 an die Expedition des Blattes.

Abschluss per 31. Dezemb. 1918. Gewinn- und Verlust-Rechnung

Aktiva.	M.	Pf	Soll.	M.	Pf
Grundstück und Gebäude Schle- sisches-straße	3 228 610	—	Generalunkosten	2 511 844	69
Grundstück Bouchéstraße	198 028	—	Uneinbringliche Forderungen	43 706	61
Gebäude do.	236 352	—	Abschreibungen	1 461 455	67
Maschinen- u. Fabrikations-Anl.	1	—	Reingewinn	1 861 702	95
Werkzeuge	1	—		5 878 709	92
Matrizen	60 628	—	Haben.	M.	Pf
Inventar	1	—	Gewinn - Vortrag aus 1917	140 289	71
Modelle	1	—	Zinsen	295 924	57
Patente	1	—	Bruttogewinn	5 442 495	64
Kraftwagen	1	—		5 878 709	92
Gespann	1	—			
Wertpapiere und Beteiligungen	3 205 039	—			
Kautionen	15 512	95			
Kassenbestand	73 881	87			
Bank-Guthaben	3 994 633	19			
Aussenstände	4 344 544	10			
Warenbestand	1 749 048	90			
	17 106 285	01			
Passiva.	M.	Pf			
Aktienkapital	5 000 000	—			
Gesetzl. Rückl.	1 100 000	—			
Debitorendfonds	200 000	—			
Beamten u. Arb.-Unterstützungs-Fonds	217 846	75			
Hypotheken	2 285 000	—			
Nicht eingelöste Gewinn-Anteil-scheine	9 520	—			
Gläubiger u. Rückstellungen	6 432 215	31			
Reingewinn	1 861 702	95			
	17 106 285	01			

Die auf 15 % = M. 150.— festgesetzte Dividende gelangt nebst einer Sondervergütung von 10 % = Mk. 100 pro Dividendenschein 1918 ausser bei unserer Gesellschaftskasse, bei der Nationalbank für Deutschland und bei dem Bankhause Schwarz, Goldschmidt & Co., hier, zur Auszahlung.

Berlin, den 25. April 1919.

Carl Lindström
Aktiengesellschaft

Der Vorstand. 124
M. Straus. ppa. Salomon.

Döring & Lehrmann

Aktiengesellschaft für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten.

Die Auszahlung der für 1918 festgesetzten Dividende erfolgt mit 5% = 50 M. für die Stammaktien und 6% = 60 " " " " Vorzugsaktien von heute ab, ausser bei der Gesellschaftskasse in Halle a. S. bei dem Bankhause Jacquier & Securius, Berlin C., An der Stechoahn 3/4.

Halle a. S., den 26. April 1919.

[125]

Döring & Lehrmann

Aktiengesellschaft für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten.

Hansa-Lloyd Werke Akt.-Ges., Bremen.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	pf.
Grundstücke	1 270 000	—
Gebäude	5 270 000	—
Gleisanlage	1	—
Dampfkessel-, Heizungs- und Leitungsanlagen	310 000	—
Licht- und Kraftanlagen	500 000	—
Maschinen	2 360 000	—
Werkzeuge, Vorrichtungen und Geräte	210 000	—
Modelle und Patente	2	—
Mobilien	1	—
Warenbestand	27 132 664	26
Kassenbestand	25 975	86
Wechselbestand	2 231	67
Postscheckguthaben	21 088	85
Debitoren einschl. Anzahlungen	8 197 230	23
Effekten und Beteiligungen	1 513 557	—
Kautionen	23 470	—
Aval-Verpflichtungen	89 930	—
	46 836 221	87

Passiva.	M.	pf.
Aktienkapital	20 000 000	—
Obligationsanleihe (M. 3 500 000.—)	3 279 000	—
Reservefonds	2 986 393	72
Spezialreservefonds	250 000	—
Wohlfahrtsfonds	250 000	—
Hypotheken	399 000	—
Kreditoren, einschl. Anzahlungen	15 971 529	15
Noch nicht abgehobene Dividende	10 905	—
Avalverpflichtungen	89 930	—
Gewinn-Vortrag aus 1917	1 287 375.34	—
Reingewinn	1 402 018.66	—
	2 689 394	—
	46 836 221	87

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1918.

Soll.	M.	pf.
Geschäftskosten einschl. Kriegsunterstützungen	3 593 673	80
Abschreibungen auf Anlagen	3 730 540	46
Reingewinn	2 689 394	—
	10 013 608	26

Haben.	M.	pf.
Gewinnvortrag aus 1917	1 287 375	34
Bruttogewinn nach Abzug sämtl. Betriebskosten	8 726 232	92
	10 013 608	26

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1918 gelangt vom 30. April 1919 ab mit 10% = M. 100.— für jede Aktie gegen Einlieferung der Gewinnanteilscheine zur Auszahlung bei dem Bankhause S. Bleichröder in Berlin, bei der Deutschen Bank in Berlin und deren Filiale in Bremen, bei der Deutschen Nationalbank, Kommanditges. auf Aktien in Bremen und deren Niederlassungen, bei dem Bankhause Bernh. Loose & Co. in Bremen, bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank in Oldenburg und deren Niederlassungen und bei dem Bankhause Schröder, Heye & Weyhausen in Bremen.

Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Generalkonsul Hinke, Bremen, Vorsitzender; Bankier J. F. Schröder, Bremen, stellv. Vorsitzender; A. Guttman, Berlin, Generaldirektor Ph. Heineken, Bremen, E. Krug, Bremen, Fr. Möller, Bremen, Bankdirektor E. Murken, Oldenburg, Günther Rieniets, Bremen, P. Roloff, München, Direktor H. Schackow, Bremen.

Bremen, den 28. April 1919.

Der Vorstand.

Allmers. Meyer. Sporkhorst. [120]

Baugeld

für zeitgemässe Kleinhaus-Siedlung gesucht.

Angebote erbeten u. H. 7416 R. an Haasenstern & Vogler, Berlin W 35. [116]

Chemnitzer Bank-Verein.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	pf.
An Kassa, Giroguthaben, Sorten und Kupons	4 242 906	30
" Wechsel u. Guthaben b. Banken	25 501 229	24
" Lombard-Vorschüsse	15 048 489	78
" Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	4 336 479	65
" Effekten	16 167 752	19
" Konsortiale Beteiligungen	303 524	79
" Dauernde Beteiligungen	5 722 001	—
" Debitoren	56 094 153	58
" Bankgebäude Chemnitz, Burgstädt, Crimmitschau u. Eibenstock	1 830 000	—
" Grundstücke	1 150 001	—
	130 396 537	53
Passiva.	M.	pf.
Per Aktien-Kapital	15 000 000	—
" Reservefonds I	2 000 000	—
" Reservefonds II	2 000 000	—
" Konto-Korrent-Reserve	1 500 000	—
" Depositengelder	5 500 000	—
" Kreditoren	39 866 795	82
" Akzepte	67 773 536	78
" Otto Weissenberger-Stiftung	728 014	41
" Dividende	79 567	50
" Tantieme	1 203 514	—
" Gewinn-Vortrag für 1919	66 660	90
	178 448	12
	130 396 537	53

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am

Sonnabend, den 24. Mai 1919,
vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale unserer Bank, Brühl Nr. 75/77 und Richard-Wagner-Strasse Nr. 1 stattfindenden
dreiundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung
eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1918 und Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
2. Beschlussfassung über die in Vorschlag gebrachte Verteilung des Gewinnes.
3. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.

Geschäftsbericht und Rechnungsabschluss liegen 17 Tage vor der Generalversammlung in unseren Geschäftsräumen aus; von diesem Zeitpunkte ab können von den Aktionären auch Druckexemplare in Empfang genommen werden.

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, dass die Aktien zu diesem Zwecke hinterlegt werden, spätestens am 22. Mai 1919

bei uns in Leipzig oder einer unserer Niederlassungen, bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Bremen, Essen, Frankfurt a. M. und Frankfurt a. d. O., bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Akt.-Ges. in Meiningen, bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., Nürnberg, bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Cöln.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlasskarten zur Generalversammlung.

Leipzig, den 30. April 1919.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Keller. Petersen. Dr. Schoen.